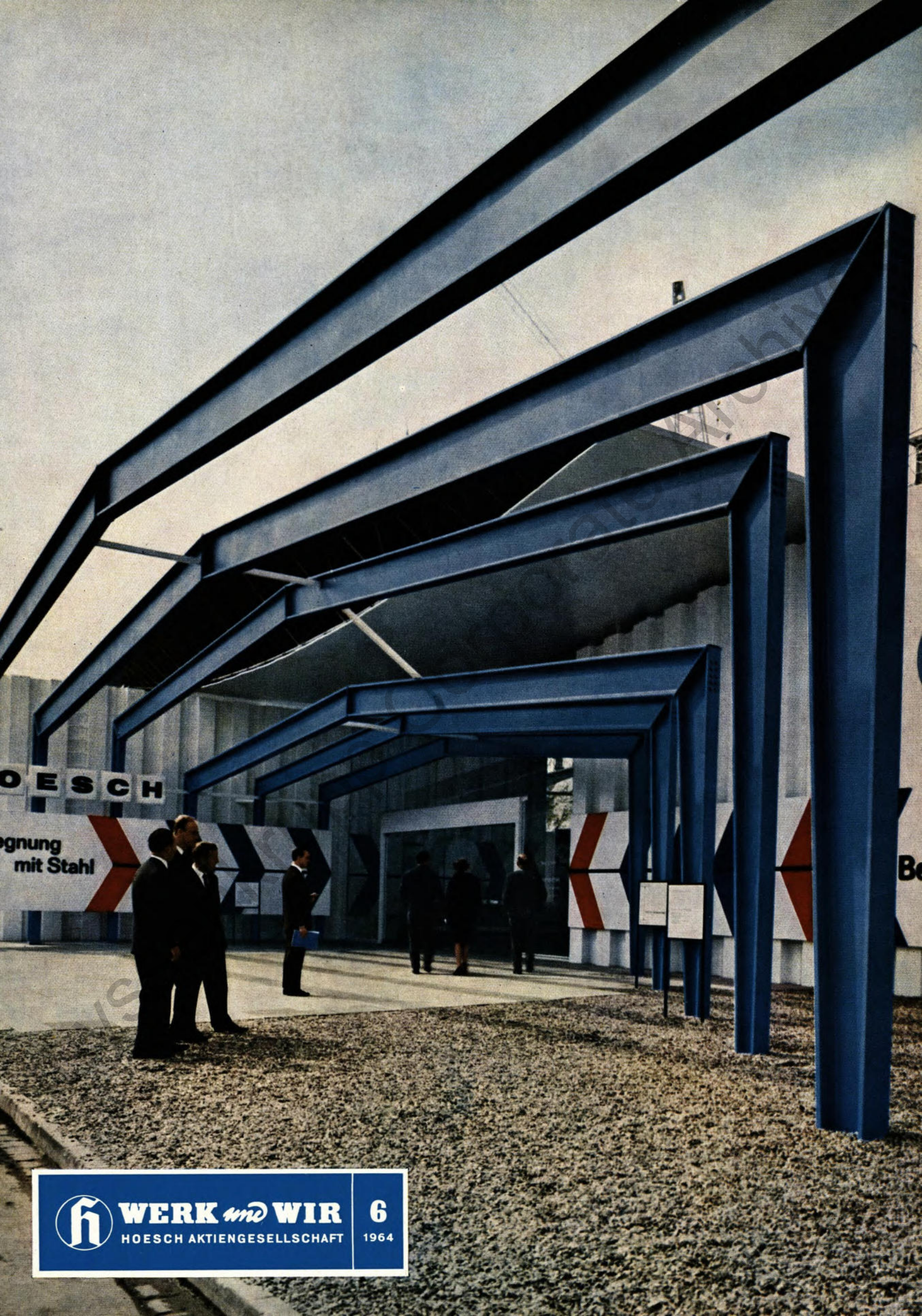




HOESCH

Bauart
mit Stahl

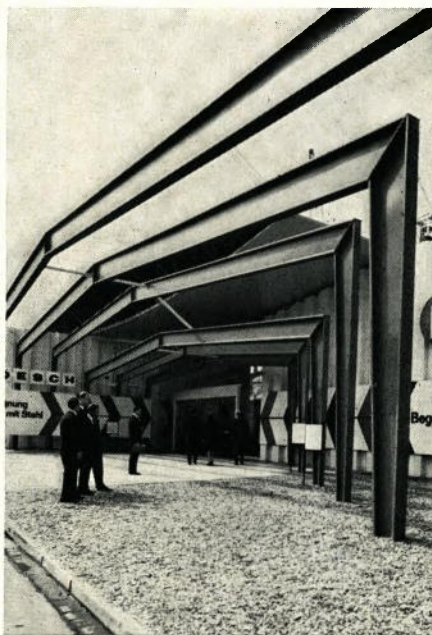
Be



WERK *und* WIR
HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT

6

1964



Titelseite: Sechs Hohlflanschträger aus dem Normbauteilprogramm des neuen Bandstahlwerks spannten sich über den Vorplatz unseres Messehauses, dessen Gestaltung während der Hannover-Messe 1964 unter dem Leitwort „Begegnung mit Stahl“ stand



Rückseite: Blick auf den mächtigen Hochofen 3 mitten im Werksgelände der Westfalenhütte

Lehre und Forschung im Dienste des Ruhrbergbaus

„Lehre und Forschung im Dienste des Ruhrbergbaus“, so lautet der kennzeichnende Titel einer geschichtlichen Abhandlung über die Westfälische Berggewerkschaftskasse, die zum hundertjährigen Bestehen dieser Gemeinschaftsorganisation des Ruhrbergbaus als Festschrift herausgegeben worden ist.

Die Westfälische Berggewerkschaftskasse ist eine der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen an der Ruhr, über deren geschichtliche Entwicklung und über deren vielseitige Aufgaben wir in diesem Heft berichten. Sie ist die Nachfolgerin der seit mehreren hundert Jahren bestehenden Bergbauhilfskassen, die zwar von den Zechen unterhalten wurden, aber unter staatlicher Verwaltung standen. Als der Bergbau um die Mitte des 19. Jahrhunderts von staatlicher Leitung befreit wurde, gingen auch die Bergbauhilfskassen in die eigene Verwaltung der Zechen über. Für Aufgaben aber, die das einzelne Unternehmen nicht oder nur unbefriedigend lösen konnte, entstand an der Ruhr die Westfälische Berggewerkschaftskasse als gemeinschaftlich getragene Selbsthilfeorganisation.

Seit Anbeginn trägt die Westfälische Berggewerkschaftskasse das Schulwesen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus. Ihre erste Aufgabe war die Unterhaltung der Bergschule Bochum. Durch schulische Ausbildung der Nachwuchskräfte und durch die sich allmählich entfaltende, stetig wachsende Forschungs- und Prüfungstätigkeit im Dienste des Ruhrbergbaus hat sich die Westfälische Berggewerkschaftskasse im Laufe der Jahre zu einem unentbehrlichen Träger der Gemeinschaftsarbeit entwickelt.

Die enge Verbindung der Schulen für den bergmännischen Nachwuchs wie auch für die bergmännischen Führungskräfte mit den Prüfungs- und Forschungsanstalten hat sich als besonders glücklich und befruchtend erwiesen. Beweis für ihre hervorragende Ausbildung ist die stattliche Reihe bedeutender Männer, die im Laufe der Jahrzehnte aus der Bergschule hervorgegangen sind.

Überblicken wir die hundertjährige Geschichte der Westfälischen Berggewerkschaftskasse,

die heute das bergmännische Schulwesen mit den Bergberufsschulen, den Berufsaufbauschulen, den Bergschulen und der neu gegründeten Ingenieurschule für Bergwesen umfaßt, die daneben die Abteilungen Markscheidewesen, Geophysik, Schwingungs- und Schalltechnik, Geologie, Chemie und weiter die Seilprüfstelle, die Prüfstelle für Grubenbewetterung, die Wasserwirtschaftsstelle, die Maschinen- und die Elektrotechnische Abteilung, die Abteilung Betriebsführung unter Tage, die Versuchsstrecke in Dortmund-Derne und dazu das Geologische Museum und das weitbekannte Bochumer Bergbaumuseum unterhält,

so bietet sich eine eigenwillige Organisation, die sich der Bergbau selbst geschaffen hat, um seine großen Aufgaben mit eigenverantwortlicher Tatkraft und großer Elastizität lösen zu können. Wir hoffen zuversichtlich, daß sich diese glückliche und erfolgreiche Entwicklung auch in der Zukunft fortsetzen möge.

Paul Schulte-Borberg

Inhalt

- 195 Hannovermesse 1964 – Begegnung mit Stahl
- 200 Hoesch-Stahl überall
- 202 Abbau des Mißtrauens –
das neue Schlichtungsabkommen
- 204 Hoesch-Mitarbeiter in Parlamenten
- 208 Menschen wie du und ich: die Stenotypistin
- 210 Passiert – notiert – fotografiert
- 211 100 Jahre Westfälische Berggewerkschaftskasse
- 214 Gut vorbereitet in die Lehre
Josef Assion im Ruhestand
- 216 Zum 1. Mai 1964
- 217 Gedichte von gestern – gültig auch heute
- 218 Stahl – auch in der Welt von morgen, öffentliche
Vorstandssitzung der Wirtschaftsvereinigung
Eisen- und Stahlindustrie
- 220 Zehn Jahre Stiftung Mitbestimmung
- 222 Menschen im Betrieb: Mitdenken im Betrieb? ▣
- 224 50 Jahre bei uns
- 225 Wir lasen für Sie
Vor zehn Jahren berichtete WERK UND WIR
- 226 Jubilare
- 227 Fotowettbewerb

Unsere Werke und Gesellschaften



Hoesch AG Bergbau
Essen-Altenessen



Hoesch AG Westfalenhütte
Dortmund



Hoesch AG
Walzwerke Hohenlimburg



Hoesch AG Rohrwerke
Dortmund, Hilstrup, Hagen



Hoesch AG Bandstahlwerk
Dortmund



Schmiedag Aktiengesellschaft
Hagen i. Westf.



Maschinenfabrik Deutschland AG
Dortmund



TriererWalzwerk Aktiengesellschaft
Wuppertal-Langerfeld, Trier



Dörken Aktiengesellschaft
Gevelsberg



Schwinn Aktiengesellschaft
Homburg/Saar



Schwinn S.à r.l. Hénin-Liétard
(Pas-de-Calais)



Rheinischer Vulkan,
Chamotte- und Dinaswerke mbH
Oberdollendorf a. Rhein



Dortmunder Drahtseilwerke GmbH
Dortmund



Hoesch Hammerwerk
Riegenberg GmbH Olpe i.W.



Dortmunder Plastik GmbH
Dortmund

Gesamtbelegschaft 48000



Hoesch Bergbautechnik GmbH
Dortmund



Hoesch Werk Federstahl Kassel



Hoesch Eisenhandel mbH
Dortmund

Claasen, Muth & Co. GmbH
Bremen



Hoesch Reederel und Kohlenhandel
GmbH Essen



Schiffswerft Gustavsborg GmbH



Hoesch Düngerhandel GmbH
Dortmund



Hoesch Export GmbH Dortmund

Hoesch Export GmbH
Oficina de Madrid



Hoesch Argentina S.A.
Industrial y Comercial Buenos Aires



Hoesch Limited London



Hoesch Italiana S.p.A. Mailand



American Hoesch Inc. New York



Hoesch France S.à r.l. Paris

Industriewerte AG Dortmund

**WERK
und
WIR**

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Dr. jur. Harald Koch, Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting, Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten 67 bis 72: Willi Laser. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe WESTFALEN-

HÜTTE, Seiten 129 bis 156: Walter Hölkeskamp. Redaktionsleitung: Johannes Holschen. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 123/0822 294. Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit □ gezeichneten Berichte und die Beiträge auf dem Werkdruckblatt. WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Titel- und Rückseite: Fritz Sprengel, Dortmund. Farbbinnenseiten: Brigitte Korte, Erich Kreuzner und Fritz Sprengel, alle Dortmund. Schwarz-Weiß-Aufnahmen: Fotoabt. Hoesch AG; Fotostelle Westfalenhütte; Herta Arbert, Düsseldorf; dpa; Manfred Hannok, Bochum; Günter Pesch, Bockum-Hövel; Wolfgang Prange, Dortmund; Heinz Restemeier, Dortmund; Gerald Richter, Dortmund; Günter Schindler, Oberursel; Hans Weber, Köln; Westfälische Berggewerkschaftskasse, Bochum; Zoll, Dortmund, und Werk- und Privataufnahmen. Zeichnungen: Hans Gelsen, Dortmund.

Begegnung mit Stahl

Hannover – Messe 1964

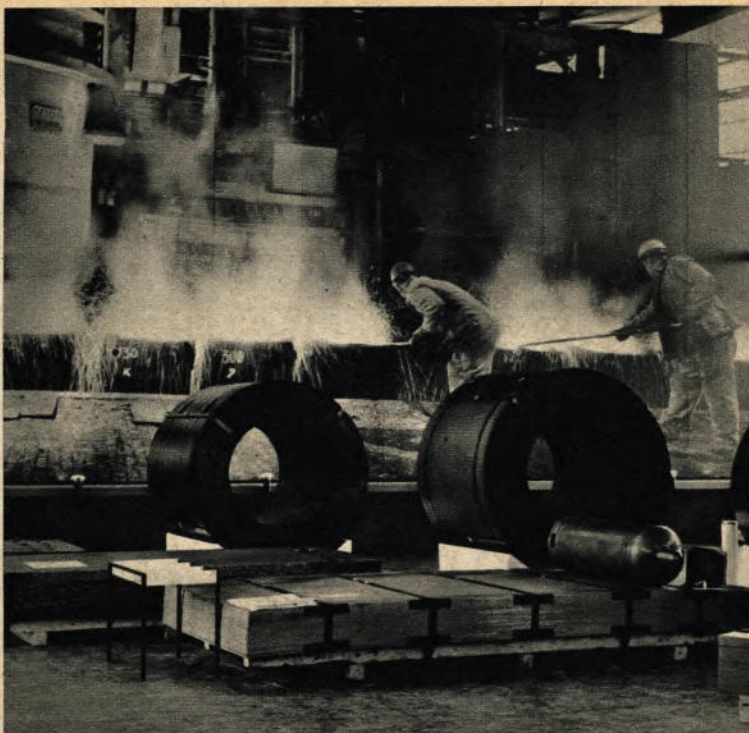


Die zehn Messetage, an denen der Pulsschlag Hannovers fühlbar schneller geht, sind vorüber. Gut gerüstet hat Hannover seine alljährliche „Prüfung“ bestanden. Das Heer der vielen tausend Handwerker und Transportarbeiter war wie immer rechtzeitig fünf Minuten vor der Eröffnung fertig. Frisch geweißte Richtungspfeile führten auf allen Straßen zur Messe. Die Polizei bewies, daß ihre Fernsehkameras, Funksprechgeräte und Hubschrauber auch dem größten Andrang gewachsen waren. Einige zehntausend Hausfrauen öffneten ihre Wohnungen geschäftigen Messegästen, und volle Anschlagssäulen versprachen den Besuchern ein reichhaltiges Vergnügungsprogramm. Alles in allem: In Hannover pulste zehn Tage weltstädtisches Leben.

Aufschwung der Wirtschaft

Am Eröffnungstag strahlte unter der Frühlingssonne das frische Grün der vielen Rasenflächen mit den bunten Werbezeichen um die Wette, zu denen in diesem Jahr ein neues hinzukam: das stilisierte „S“ der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, das die Worte „Stahl dient jedermann“ jedem Besucher immer wieder einprägte. In diesem Jahr strahlte aber nicht nur die Sonne vom blauen Himmel, sondern auch die Zuversicht von den Gesichtern der Aussteller. Die

◀ Schräggestellte Trennwände mit den Erzeugnissen unserer Werke und Gesellschaften – auf unserem Bild eine Auswahl von Schrauben-, Blatt-, Stabfedern und Stoßdämpfern aus dem Federnwerk der Walzwerke Hohenlimburg – leiteten den Besucher durch unser Messehaus, dessen Rückwand ein riesiges Farbfoto von 4,5 Meter Höhe und fast 14 Meter Breite bedeckte



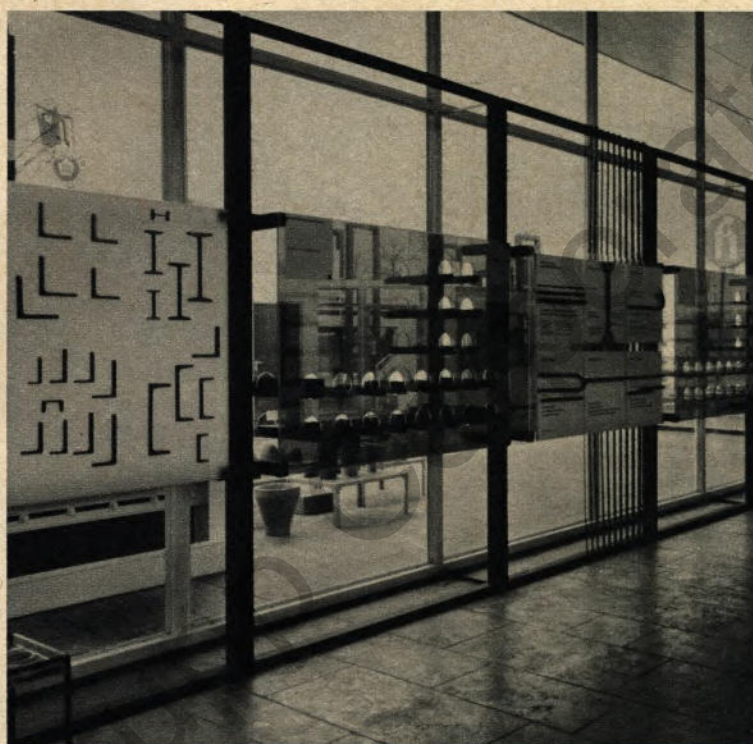
Konjunktur steigt an, und Bundeskanzler Erhard, der es sich auch als Kanzler nicht nehmen ließ, die Hannover-Messe zu eröffnen, stellte fest: „Der Boom (Aufschwung) hat die ganze Wirtschaft erfaßt.“

Professor Erhard versicherte in seiner Eröffnungsrede, daß die Bundesregierung nicht daran denke, den Export durch Eingriffe zu hemmen, die DM aufzuwerten oder andere Maßnahmen gegen eine Konjunkturüberhitzung zu ergreifen. Statt dessen sei es notwendig, den europäischen Wettbewerb von Störungen zu befreien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu stärken.

Vor dem Bundeskanzler hatte Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, im Namen der deutschen Aussteller der Bundesregierung die volle Unterstützung der Wirtschaft bei der Abwehr von Inflationsgefahren zugesichert. Fritz Berg erklärte, daß die inflationistische Politik einzelner Länder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in eine „europäische Inflationsgemeinschaft“ zu verwandeln drohe und daß diese Gefahr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden müsse.

5817 Aussteller aus 28 Staaten

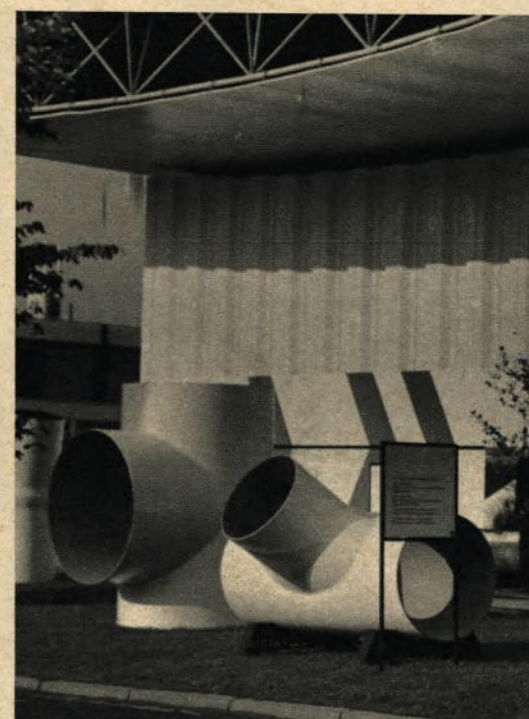
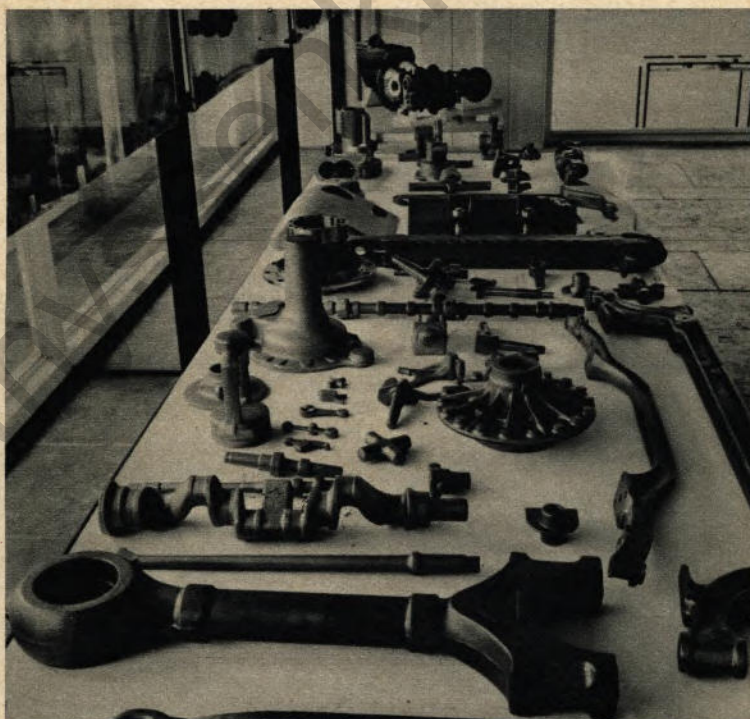
Wer sich gleich nach den Eröffnungsansprachen auf den Weg gemacht hätte, um alle Stände auf der Messe zu betrachten, wäre bestimmt nach zehn Tagen „fertig“ gewesen – aber alles gesehen hätte er bestimmt nicht. Denn nicht weniger als 5817 Aussteller aus 28 Staaten zeig-

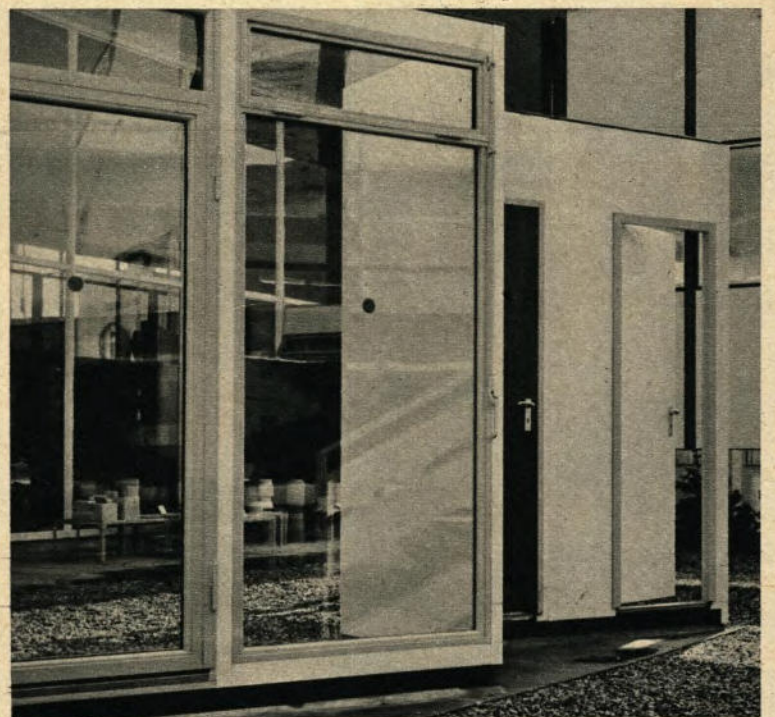


◀ Eine Auswahl aus der Vielzahl stählerner Hoesch-Erzeugnisse: vor dem Farbfoto auf der Rückwand des Messehauses Warmbreitband in Rollen und warmgewalzte Bleche, vor der gläsernen Seitenfront Profile aller Art und nahe dem Eingang Gesenkschmiedestücke und Gußteile

► Von dem vielseitigen Programm des neuen Bandstahlwerks zeugten die Normbautelle vor dem Messehaus, zu denen Hallenrahmen, Bandstahldecken, Platal-Wandelemente und Tektal, das selbsttragende Dachsystem, gehörten

▼ Großrohre, die auf unserem Messegelände in verschiedenen Abmessungen zu sehen waren, werden künftig vom Großrohrkontor Hoesch Salzgitter geliefert, einer Verkaufsgemeinschaft, die die Kapazitäten und Erfahrungen zweier bedeutender Großrohrhersteller zusammenfaßt





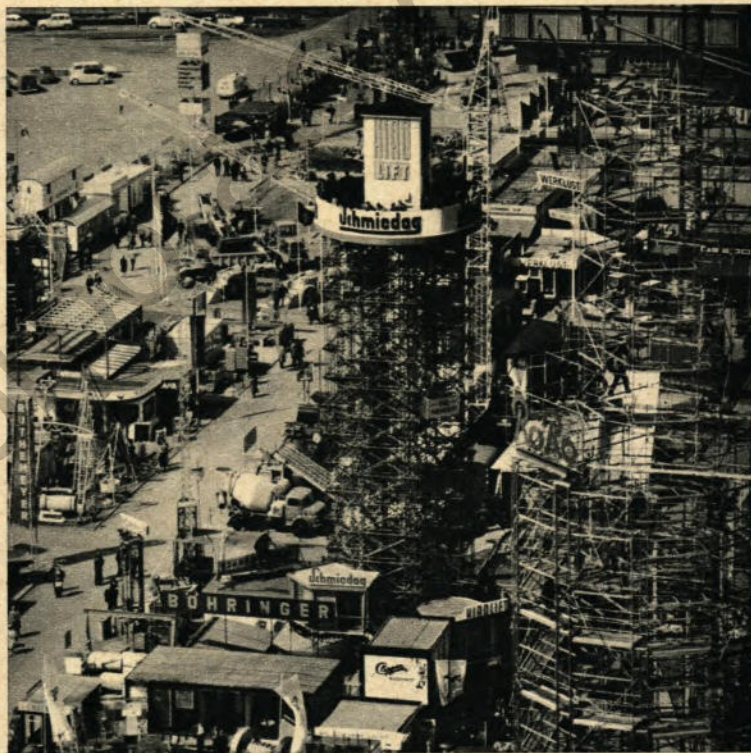


Hoesch stellte aber nicht nur im eigenen Messehaus, sondern noch an vier weiteren Stellen des Messegeländes aus. In Halle 20 zeigte die Trierer Walzwerk AG Erzeugnisse aus Platal und Pladur, in Halle 16 A das Werk Federstahl Kassel Selbstbauprofile für Lager- und Betriebseinrichtungen. Im Freigelände hatte die Schmiedag einen eigenen Stand, auf dem sie ihr Erzeugnisprogramm für die Bauwirtschaft ausstellte, und im Hoesch-Bungalow endlich war eine Foto- und Modellschau aller Bungalow-Typen zu sehen

ten in 23 Messehallen mit 600 000 Quadratmetern oder auf dem 228 000 Quadratmeter umfassenden Freigelände ihr vielfältiges Angebot. Nahezu 1200 Aussteller kamen aus dem Ausland. Unter ihnen führte – wie im Vorjahr – Frankreich mit 285 Firmen vor Großbritannien mit 169 und den Vereinigten Staaten mit 143 Ausstellern.

Hoesch-Stahl – überall

Das weißblaue „S“, das neue gemeinsame Werbezeichen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, das auf der Hannover-Messe zum erstenmal der Öffentlichkeit und vor allem den Kunden vorgestellt wurde, leitete viele Messebesucher gleich zum Freigelände und hier insbesondere zur Stahlstraße, an der die größten Unternehmen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ihre Erzeugnisse ausstellten. Unter ihnen lud unser Messehaus schon von weitem zum Näherkommen ein. Hoesch hatte die Werbeaktion der Eisen- und Stahlindustrie aufgegriffen und unter dem Motto „Begegnung mit Stahl“ weiter ausgeführt. Von blauen und roten Pfeilgruppen wie von Signalen weitergewiesen, trat der Besucher in un-



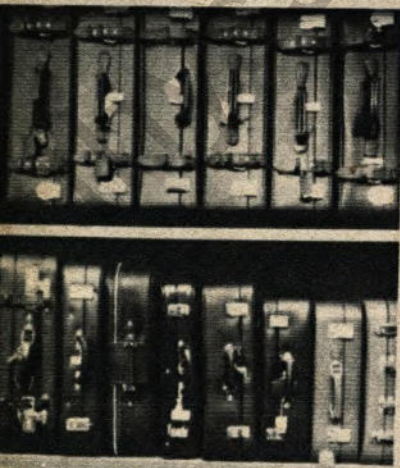
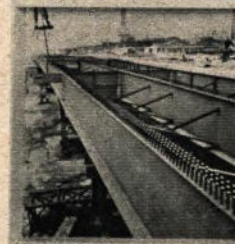
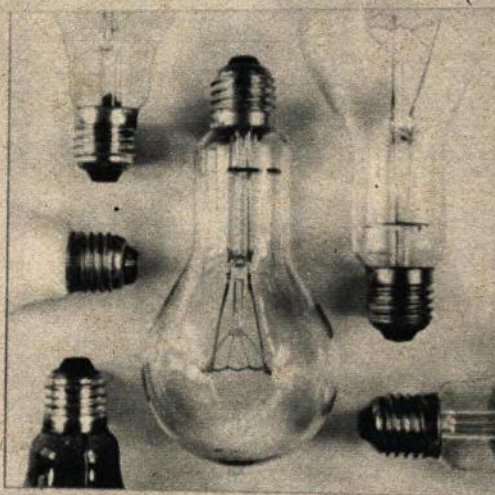
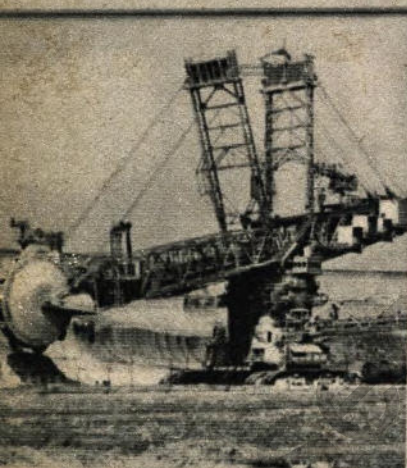
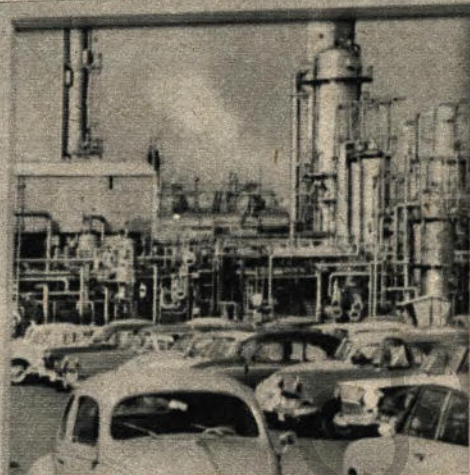
ser Messehaus, in dem sich die Vielfalt stählerner Hoesch-Erzeugnisse anschaulich geordnet darbot. An und vor schräg hintereinander gestaffelten Wänden zeigte eine Zweigniederlassung nach der anderen und eine Tochtergesellschaft um die andere, was alles im Hoesch-Kreis aus Stahl hergestellt wird. Diese Musterschau unserer Erzeugnisse begleiteten fünf Fotowände, auf denen über 50 Großfotos aus allen Bereichen des Alltags andeuteten, daß unser Leben ohne Stahl nicht denkbar ist. Dann öffnete sich der Blick auf das messehaushohe und -breite Farbfoto aus unserem Siemens-Martin-Stahlwerk 3, das mit einer schwebenden Gießpfanne über den Kokillen der fast ungegenständlich wirkenden Schau der Ausstellungsstücke das wirklichkeitsvolle Bild der Stahlgewinnung gegenüberstellte. So trafen die Besucher unseres Messehauses überall auf Stahl... auf Stahl von Hoesch.



◀ Das Hoesch-Messehaus liegt an der Stahlstraße, umgeben von den Ausstellungspavillons der andern großen Unternehmen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie

HOESCH- STAHL UBERALL

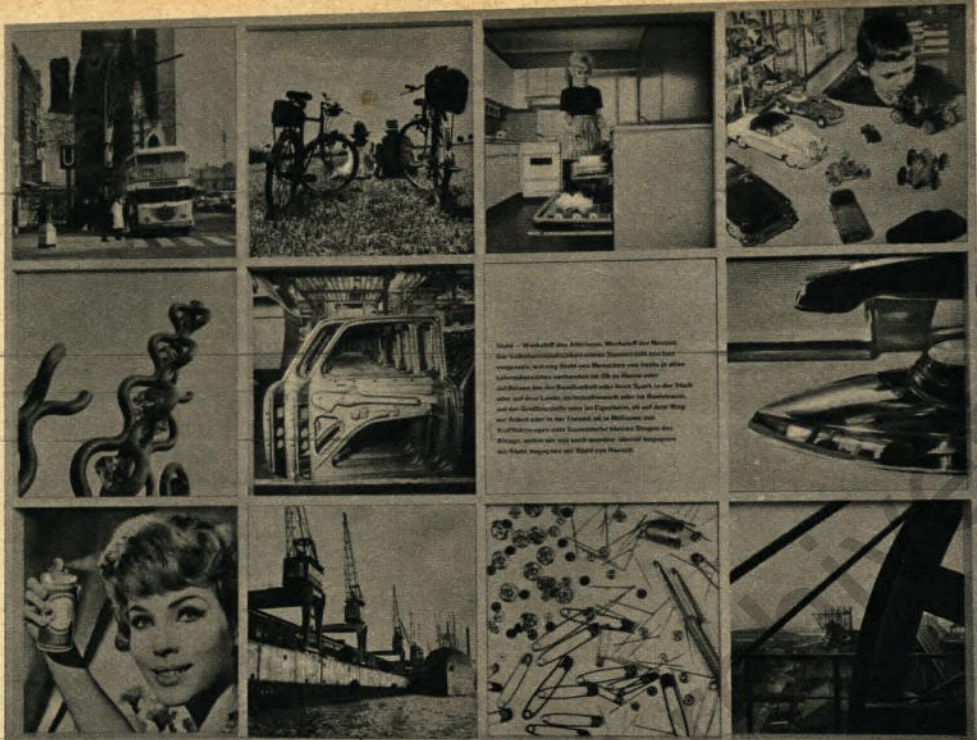
BILDER AUS UNSEREM MESSE- HAUS



Auf diesen beiden Seiten stellen wir die eindrucksvollen Schwarzweißaufnahmen aus unserem Messehaus vor. So sehr sie sich auch voneinander unterscheiden – eines haben alle 50 gemeinsam: sie zeigen, wie vielfältig Stahl im Alltag verwendet wird. Darauf deutet auch ein knapper Text, der mitten zwischen den Bildern den Betrachter anspricht:

„Stahl – Werkstoff des Altertums, Werkstoff der Neuzeit. Die Selbstverständlichkeit seines Daseins läßt uns fast vergessen, wie eng Stahl uns Menschen von heute in allen Lebensbereichen verbunden ist. Ob zu Hause oder auf Reisen, bei der Berufsarbeit oder beim Sport, in der Stadt oder auf dem Lande, im Industriewerk oder im Bastelraum, auf der Großbaustelle oder im Eigenheim, ob auf dem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit, ob in Millionen von Kraftfahrzeugen oder tausenderlei kleinen Dingen des

◀ Aufnahmen unter dem Motto „Begegnung mit Stahl“ begleiteten die hintereinander gestaffelten Ausstellungswände mit den vielseitigen Ausstellungsstücken und machten deutlich, wie vielseitig Stahl gebraucht wird und daß es kaum einen Lebensbereich gibt, der ohne Stahl denkbar wäre



Alltags, wohin wir uns auch wenden: überall begegnen wir Stahl, begegnen wir Stahl von Hoesch.“

Wer die Bilder betrachtet, wird bestätigen, daß man dem Stahl tatsächlich überall begegnet: als Verschluß einer Flasche, als Abweisblende auf der Autobahn, als Speiche eines Rennrades, als Hinterachse eines Lastkraftwagens, als Sickenblech eines Tektal-Daches, als Drahtzaun einer Viehkoppel, als Rohr einer Ferngasleitung, als Bagger auf einer Baustelle, als Tür eines Personenkraftwagens, als Spundwand in einem Hafen, als Spraydose auf einem Frisiertisch, als Sessel eines Skiliftes, als Konstruktionsrohr eines Baugerüsts, als Bauteil eines Schreibtisches, als Sägeblatt, als Bungalow, als Drahtseil und „laufendes Gut“ auf einem Schiff, als Profilstahl in einem Überlandleitungsmast, als Teil einer Uhr, als Feder eines Eisenbahnwaggons, als Vogelkäfig, als Brückenkonstruktion, als Stützelement eines Fernsehturms, als Kofferbeschlag, als Spielzeug, als Schuhhose eines Skistiefels, als Schuhcremedose, als Verpackungsmaterial für vielerlei Nahrungs- und Genußmittel. Wohin wir schauen: Stahl, Stahl von Hoesch.



Abbau des Mißtrauens

Das starke Echo, das das neue Schlichtungsabkommen zwischen dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und der IG Metall in der Öffentlichkeit fand, rührt nicht zum geringsten Teil daher, daß nach seiner Unterzeichnung die Besorgnis um den Bestand der Tarifaufonomie schwand. Diese Entwicklung ist um so erfreulicher, als nicht nur die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in der Tarifaufonomie eine der Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung sehen.

Am 12. Mai 1964 unterzeichneten die Tarifpartner der Metallindustrie in Frankfurt eine neue Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung. An dem feierlichen Abschluß der zweijährigen Verhandlungen, den Funk und Fernsehen übertrugen, nahmen mehr als 100 Journalisten teil. Für die IG Metall unterschrieben der erste Vorsitzende Otto Brenner und der Tarifexperte Fritz Salm; für den Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände der stellvertretende Vorsitzende Dr. Schleyer. Der erste Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes van Hüllen war erkrankt und hatte die Vereinbarung schon vorher im Krankenhaus unterzeichnet. Damit besteht für die Metallindustrie nach fünfjähriger Unterbrechung wieder ein freiwilliges Schlichtungsabkommen. Die IG Metall hatte 1959 das damals bestehende Schlichtungsabkommen gekündigt, nachdem das Bundesarbeitsgericht die Auffassung vertreten hatte, die IG Metall habe im Schleswig-Holstein-Streik 1956/57 gegen die sich aus dem Schlichtungsabkommen ergebende Friedenspflicht verstoßen. Die Arbeitgeber verklagten daraufhin die IG Metall auf 38 Millionen DM Schadenersatz. Die IG Metall legte gegen das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Mit Abschluß der neuen Vereinbarung haben sowohl die Arbeitgeber auf ihre Schadenersatzforderung wie die Gewerkschaften auf die Verfassungsklage verzichtet.

Einer selbstgegebenen Ordnung unterworfen

Nach der Unterzeichnung des Abkommens, das für die gesamte Metallindustrie mit Ausnahme der Eisen- und Stahlindustrie gilt, hob Dr. Schleyer dessen große sozialpolitische Bedeutung hervor: es werde dazu beitragen, die Tarifpolitik zu versachlichen. Die Arbeitgeber seien sich zwar bewußt, daß im Hinblick auf die zu regelnden materiellen Lohn- und Arbeitsbedingungen ein aus der Natur der Sache gegebenes Spannungsverhältnis bestehen bleiben werde. Dieser Gegensatz solle aber unter Wahrung größtmöglicher Objektivität erfolgen, insbesondere unter realer Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das in diesem Jahr zum ersten Male tätig werdende Gutachtergremium – das aus fünf Mitgliedern aus Wissenschaft und Wirtschaft besteht und alljährlich die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik begutachten soll – werde hierfür eine wichtige Hilfestellung geben können. Von großer Bedeutung ist nach Dr. Schleyer auch die Tatsache, daß beide Seiten mit dieser neuen Verfahrensregelung ihre Bereitschaft

bewiesen, sich bei Auseinandersetzungen einer selbstgegebenen Ordnung zu unterwerfen. Diese Haltung sei Ausdruck der Verantwortung, die den Tarifpartnern die Tarifaufonomie auferlege, und beide Seiten stellten somit unter Beweis, daß Tarifaufonomie keine schrankenlose Freiheit, sondern Unterordnung unter das Interesse der Allgemeinheit bedeute. Mit dem Abkommen sei die alte Hypothek, die aus dem 16wöchigen Streik in Schleswig-Holstein 1956/57 und den sich anschließenden gerichtlichen Auseinandersetzungen herrührte, endgültig abgetragen. Die Arbeitgeber hätten zur Bereinigung dieser Angelegenheit ein erhebliches Opfer gebracht und auf ihre gesamten Schadenersatzansprüche, deren Grundlage rechtskräftig festgestellt sei, verzichtet. Das sei nicht nur eine Geste, sondern ein überzeugender Beweis dafür, daß die Arbeitgeber bereit seien, einen neuen Anfang zu machen. 17 Verhandlungen über das Abkommen haben nach Auffassung Dr. Schleyers dazu beigetragen, das Klima zwischen den Tarifpartnern allmählich zu verbessern und viel von dem ursprünglich vorhandenen Mißtrauen abzubauen. Das Ergebnis der zweijährigen Verhandlungen sei nun die umfassendste und am gründlichsten durchdachte Schlichtungsregelung in der Bundesrepublik. Dr. Schleyer schloß mit den Worten: „Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier um eine Verfahrensordnung handelt; sie ist nur ein Hilfsmittel bei der Regelung der materiellen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen den Tarifpartnern aus Forderung und Erfüllbarkeit bleibt bestehen. Die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung kann, wenn sie im rechten Geist angewendet wird, aber wesentlich dazu beitragen, dieses Spannungsverhältnis auf den unvermeidlich notwendigen Ausgleich zu beschränken und den übereilten Ausbruch von Arbeitskämpfen zu verhindern. Es wäre aber eine Illusion, anzunehmen, daß Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern künftig gänzlich der Vergangenheit angehören. Es wird sicher auch vorkommen, daß die eine oder andere Seite einen Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle nicht annimmt. Aber – und das ist nicht nur unsere große Hoffnung, sondern unsere Gewißheit – der Arbeitskampf ist auf den Rang des allerletzten Mittels in der Auseinandersetzung zurückgeführt und damit der Arbeitsfrieden in dem uns möglichen Maße gesichert.“

Streik bleibt grundsätzlich das legitime letzte Mittel des Arbeitskampfes

Der erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, ging in seiner Erklärung zunächst darauf

Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie unterzeichnet

Schleyer und Brenner leiteten die positiven Auswirkungen des Vertrags / Abschlusses gegen staatliche Zwangsschlichtung

FRANKFURT, 12. Mai. Das neue Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie ist am 12. Mai in Frankfurt unterzeichnet worden. Der Vertrag, der die Beziehungen zwischen dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und der IG Metall regelt, ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen. Der Vertrag ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen. Der Vertrag ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen.

Tarifaufonomie neu bestätigt

Das Frankfurter Bekenntnis der metallindustriellen Tarifpartner

FRANKFURT, 12. Mai 1964. Die neue Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung in der Metallindustrie ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen. Der Vertrag ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen. Der Vertrag ist das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen.

Beginn einer neuen Ära

Der Unterzeichnung eines Schlichtungsabkommens beginnt der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und die IG Metall eine neue Ära. Die beiden Verbände haben sich verpflichtet, die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern.

Metall-Partner unterzeichneten

Nach jahrelangen Verhandlungen wieder Schlichtungsabkommen. Der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und die IG Metall haben sich verpflichtet, die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern.

Bereit zu einem neuen Anfang

Schlichtungsabkommen für die Metallindustrie unterzeichnet. Der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und die IG Metall haben sich verpflichtet, die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern.

Schlichtung erschwert

Streik in Metallindustrie. Der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und die IG Metall haben sich verpflichtet, die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern.

Abkommen nach zweijährigen Verhandlungen unterzeichnet

WAZ FRANKFURT, 12. Mai. Nach fast zweijährigen Verhandlungen ist am Dienstag in Frankfurt ein neues Schlichtungs- und Schiedsabkommen für die Metallindustrie zwischen dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und der IG Metall unterzeichnet worden.

Spannungsverhältnis zwischen den Tarifpartnern bleibt bestehen

Der stellv. Vorsitzende von Gesamtmetall, Dr. Schleyer, bezeichnet das Abkommen als ein bedeutsames sozialpolitisches Ereignis, das zur Versachlichung der Tarifpolitik beitrage. Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen den Tarifpartnern bleibt bestehen.

Streik bleibt grundsätzlich das legitime letzte Mittel des Arbeitskampfes

Der erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, ging in seiner Erklärung zunächst darauf

Die in den 22 Monate dauernden Verhandlungen zustande gekommenen persönlichen Kontakte haben bereits zu einer Verbesserung des Klimas zwischen beiden Tarifpartnern geführt

Die in den 22 Monate dauernden Verhandlungen zustande gekommenen persönlichen Kontakte haben bereits zu einer Verbesserung des Klimas zwischen beiden Tarifpartnern geführt.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

Das neue Schlichtungsabkommen ein Erfolg für Tarifautonomie und für die Demokratie

ein, daß es von Mitte 1959 bis zum 1. Juni 1964 in der Metallindustrie der Bundesrepublik kein freiwilliges Schlichtungsabkommen gegeben habe, ohne daß dadurch eine erhöhte Streikgefahr entstanden sei. Vor allem die Sorge um die Erhaltung der Tarifautonomie habe die IG Metall dennoch veranlaßt, eine neue Schlichtungsvereinbarung abzuschließen. Das Nichtbestehen einer freiwilligen Schlichtung sei zu einer Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften und vor allem gegen die IG Metall ausgenutzt worden.

Otto Brenner bestätigte, daß seit dem Streik 1956/57 in Schleswig-Holstein zwischen den Arbeitgebern und der IG Metall ein Spannungszustand bestanden habe, der über das übliche Maß hinausgegangen sei. Die Schadenersatzforderung der Metallindustrie und die Verfassungsbeschwerde der IG Metall gegen das Urteil des Bundesarbeitsgerichts hätten als Hypothek die gegenseitigen Beziehungen belastet. „Das Bedürfnis nach einer Normalisierung wuchs in dem Maße, wie sich der Druck der Öffentlichkeit verstärkte und die Tarifbewegungen an Härte zunahmen.“

Beide Organisationen wollen nach Brenners Worten mit der unterzeichneten Vereinbarung staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie abwenden und die Vermittlertätigkeit Dritter in kritischen Situationen ausschalten. Beide wollen zudem den Komplex Schleswig-Holstein bereinigen.

Otto Brenner betonte abschließend: „Viele Kommentatoren meinen, daß mit dem Abschluß der Vereinbarung ein neues soziales Zeitalter ohne Spannung begänne. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich halte vielmehr die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmen für eine Notwendigkeit. Sie ist der Motor des sozialen Fortschritts und die demokratischste Form zur Ausgleichung bestehender Gegensätze. Sie abschaffen zu wollen, ist nicht nur illusionär, sondern auch gefährlich. Deshalb ist es nach wie vor unser erklärter Wille, grundsätzlich den Streik als das legitime demokratische Mittel der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit unseren sozialen Gegenspielern nicht auszuschließen. Ob es zum Streik kommt, das hängt nicht nur von dem weiteren Verlauf der Konjunktur ab, sondern auch von der Behandlung unserer Forderungen durch die Arbeitgeber und nicht zuletzt vom Funktionieren der neuen Schlichtungsvereinbarung.“

Staatliche Schlichtung einmütig abgelehnt

In der anschließenden Pressekonferenz erklärte Otto Brenner auf die Frage eines Journalisten, daß die Schlichtungsvereinbarung auch auf die Eisen- und Stahlindustrie ausgedehnt werden

könnte, wenn der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie dazu bereit wäre.

Einmütig lehnten Otto Brenner und Dr. Schleyer eine staatliche Schlichtung ab. Brenner hob hervor, daß die Tarifpartner eine Ordnungsfunktion ausübten, die durch staatliche Eingriffe eingeschränkt würde. Dr. Schleyer war der Meinung, daß man den staatlichen Dirigismus schon in den Anfängen abwehren und nicht etwa bestärken solle.

Vier unterschiedliche Schlichtungsverfahren

Die bereits am 1. Juni in Kraft getretene Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung für die Metallindustrie sieht in 20 Paragraphen vier verschiedene Schlichtungsverfahren vor: eine regionale Schlichtung, eine besondere Schlichtung bei Streik oder Aussperrung, eine zentrale Schlichtung und ein Schiedsgerichtsverfahren. Die jeweiligen Schlichtungsstellen setzen sich aus einem unparteilichen aber stimmberechtigten Vorsitzenden und je zwei bis drei Beisitzern der Tarifparteien zusammen. Bemerkenswert und völlig neuartig ist das Verfahren bei der Bestellung der Vorsitzenden. Für das Amt des jeweiligen Vorsitzenden haben die Tarifvertragsparteien gemeinsam zwei geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen; kommt eine gemeinsame Benennung nicht zustande, so ist jede Tarifvertragspartei berechtigt, von sich aus eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen. Für die einzelnen Schlichtungsverfahren entscheidet jeweils das Los über die Auswahl des Vorsitzenden, wenn sich die Parteien nicht gemeinsam auf einen Vorsitzenden einigen. Die regionale Schlichtung setzt ein, wenn in einem Tarifbezirk die Tarifverhandlungen gescheitert sind. Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, auf das Schlichtungsverfahren einzugehen. Bis zur Beendigung des Schlichtungsverfahrens, das bis zu 22 Werktagen dauern kann, sind weder Streik noch Aussperrung zulässig.

Der „regionalen“ Schlichtung steht die Schlichtung bei „gemeinsamen“ Verhandlungen gegenüber. Gemeinsame Verhandlungen finden dann statt, wenn die IG Metall gebündelte Tarifverträge mit allen oder mindestens zwei Dritteln der an der Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung beteiligten regionalen Arbeitgeberverbände abschließen will und die Arbeitgeberver-

bände im Rahmen des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände verhandeln.

Die jeweilige Schlichtungsstelle faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Kommt eine Einigung der Tarifparteien während des Verfahrens vor der Schlichtungsstelle nicht zustande, so hat die Schlichtungsstelle einen schriftlichen Einigungsvorschlag zu unterbreiten. Unterbreitet die Schlichtungsstelle keinen Einigungsvorschlag oder wird er von mindestens einer Tarifvertragspartei abgelehnt, so ist das Schlichtungsverfahren ergebnislos beendet.

Kommen während des daraufhin möglichen Streiks oder einer Aussperrung die streitenden Tarifparteien überein, den Streit durch ein neues Schlichtungsverfahren beizulegen, so wird eine sogenannte „besondere Schlichtungsstelle“ eingerichtet. Sie arbeitet nach denselben Richtlinien wie die schon besprochenen Schlichtungsstellen.

Die Vereinbarung ist sechs Jahre unkündbar

Ein Schiedsgericht ist unter Ausschluß des Rechtsweges zuständig für alle Streitigkeiten, die sich aus der Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung ergeben. Verletzt eine Partei vorsätzlich oder grob fahrlässig die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung, so kann das Schiedsgericht sie zu einer Vertragsstrafe bis zu einer Million DM verurteilen. Das Geld ist gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

Die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung ist in den ersten sechs Jahren unkündbar. Jeweils mit einer Frist von einem Jahr kann sie, erstmalig am 31. Mai 1969, zum 31. Mai 1970 gekündigt werden.

Die deutsche Öffentlichkeit sieht in der Schlichtungsvereinbarung einen hoffnungsvollen Beitrag zur Versachlichung der Tarifverhandlungen, damit Arbeitskämpfe auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben.

▼ Nach zweijährigen Verhandlungen trat am 1. Juni 1964 eine neue Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung in Kraft, die am 12. Mai Dr. Schleyer (links) für den Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und Otto Brenner (Mitte), der erste Vorsitzende der IG Metall, und Fritz Salm (rechts), Tarifexperte der IG Metall, unterzeichneten





Nordrhein-
Westfalen



Rheinland-
Pfalz



Saarland

Hoesch AG Hauptverwaltung, Dortmund

Simelka, Friedhelm	Dipl.-Handelslehrer	Rat der Stadt Bochum	SPD
Willutzki, Werner	Dipl.-Volkswirt	Rat der Stadt Dortmund	SPD

Hoesch Export GmbH, Dortmund

Niggemeyer, Benno	Leiter der Personal- abteilung	Rat der Stadt Dortmund	CDU
-------------------	-----------------------------------	------------------------	-----

Hoesch AG Bergbau, Essen-Altenessen

Kinnigkeit, Fritz	kfm. Angestellter	Landtagsabgeordneter Nordrhein- Westfalens	SPD
-------------------	-------------------	---	-----

Hoesch AG Westfalenhütte, Dortmund

Behrendt, Walter	Redakteur	Mitglied des Bundestages	SPD
Gross, Adolf	Sicherheitsmeister	Rat der Stadt Dortmund	SPD
Rose, Franz	Sicherheitsmeister	Rat der Stadt Dortmund	SPD
Thiesbrummel, Franz	kfm. Angestellter	Rat der Stadt Dortmund	CDU

Schwinn AG, Homburg/Saar

Gebhardt, Wilhelm	Meister	Gemeinderat Kinkel	SPD
Hettrich, Helmut	Vorarbeiter	Gemeinderat Altenkirchen	SPD
Hilpert, Edmund	Fräser	Gemeinderat Ottweiler (Bürgermeister seit 1960)	SPD
Honecker, Helmut	Fräser	Gemeinderat Ottweiler	SPD
Naumann, Otto	Schweißer	Gemeinderat Waldmohr	SPD
Schirra, Ludwig	Elektriker	Rat der Stadt Homburg	SPD
Simon, Benno	Vorarbeiter	Gemeinderat Mörsbach	SPD
Zimmer, Ernst	Schmied	Gemeinderat Altenkirchen und Kreistag in Kusel	SPD

Becke-Prinz GmbH, Hemer

Wagner, Karl	Kontrolleur	Gemeinderat Hemer	SPD
--------------	-------------	-------------------	-----

Rohrwerke Hiltrup

Schorlemer, Karl-Heinz	Materialprüfer	Gemeinderat Hiltrup	SPD
------------------------	----------------	---------------------	-----

Schmiedag AG, Werdohl

Coßmann, Fritz	Former	Rat der Stadt Werdohl	CDU
----------------	--------	-----------------------	-----

Trierer Walzwerk AG

Monz, Maternus	Packer	Gemeinderat Kenn/Trier	Freie Wählerliste
Schneider, Johann	Walzer	Gemeinderat Kenn/Trier	Freie Wählerliste
Wallenborn, Bernhard	Walzer	Gemeinderat Schleidweiler-Rodt	Freie Wählerliste

Rheinischer Vulkan, Chamotte- und Dinaswerke mbH., Oberdollendorf

Klopsch, Alfons	Aufbereiter	Gemeinderat Aegidienberg	Freie Wählerliste
Münch, Jakob	Vorarbeiter	Gemeinderat Heisterbacherrott	Freie Wählerliste
Schuchert, Ferdinand	Prokurist	Gemeinderat Oberdollendorf Amtsvertretung Oberkassel	CDU

56 Hoesch-Mitarbeiter in politischen Parlamenten (II)

Im letzten Heft von WERK UND WIR berichteten wir von dem erfreulichen Ergebnis einer Umfrage, mit der wir einmal hatten feststellen wollen, wieviel unserer Belegschaftsmitglieder aus den verschiedenen Werken in politischen Parlamenten als gewählte Volksvertreter tätig sind. Das Ergebnis war: 56 Hoesch-Mitarbeiter sind Abgeordnete in Kreistagen, Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen, darunter vier Bürgermeister! Ein Mitarbeiter ist Mitglied des Bundestages und einer Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen. Wegen dieser großen Zahl, die manchen unserer Leser – wie das erste Echo auf unseren Bericht bewies – überraschte oder gar verblüffte, mußten wir uns im Maiheft darauf beschränken, nur eine Hälfte dieser Belegschaftsmitglieder vorzustellen. Hier nun wollen wir uns, wie angekündigt, der zweiten Gruppe zuwenden.

Zu Beginn unseres Berichtes im letzten Heft wiesen wir auch auf die 5. Kampagne der „Aktion Gemeinsinn“ hin. Unter dem Motto „Keiner lebt für sich allein“ setzte die Arbeitsgemeinschaft namhafter Persönlichkeiten des



Gemeinsinn ist kein leeres Wort

öffentlichen Lebens und der Wirtschaft die Bemühungen fort, mit modernen Mitteln der Werbung in Rundfunk, Fernsehen und Presse der Öffentlichkeit mitmenschliche Aufgaben vor Augen zu führen, die der Staat allein nicht lösen kann.

Nach der erfolgreichen Aktion für den Hilfsdienst in Krankenhäusern, für alte Menschen und nach der ertragreichen Fernsehlotterie „Miteinander – Füreinander“ geht es jetzt darum, den Bürger für die Mitarbeit in der Gemeinde und in der Stadt zu gewinnen und – umgekehrt – den Kommunalverwaltungen Wege zu zeigen, wie sie um eine vorurteilsfreie Mitarbeit der Bevölkerung werben können.

Mit unserem Nachweis haben wir Herrn „Ohnemichel“ ein Schnippchen geschlagen, dieser symbolischen Figur der Aktion Gemeinsinn, die auf Plakaten und in Zeitungsanzeigen abwehrend die Hand hebt. Er winkt immer ab, wenn es darum geht, zu helfen, sich mitverantwortlich zu fühlen. Ihm fehlt Gemeinsinn. Er ist der „schwarze Mann der Demokratie“.

Drastisch weist die Aktion auf die müden Mitbürger hin, die sich auf dem Erreichten in unserer jungen Staatsform ausruhen und anderen die Arbeit an der gemeinschaftlichen Ordnung überlassen. Um so dankbarer gingen wir die Liste der Mitarbeiter und Mitbürger durch, die private Interessen zurückstellten und neben der Berufsarbeit noch Verpflichtungen im Dienst an der Allgemeinheit auf sich nahmen.

Jetzt die zweite Gruppe

56 Hoesch-Mitarbeiter zählten wir, die in Parlamenten Sitz und Stimme haben. Eine große Gruppe griffen wir im ersten Bericht heraus: die 31 Belegschaftsmitglieder unserer Schachtanlagen Radbod in Bockum-Hövel und Fürst Leopold-Baldur in Hervest-Dorsten. Sie vertreten ihre Arbeitskollegen und Mitbürger in den Stadtparlamenten und in den Nachbargemeinden sowie in den Kreistagen. Arbeitskollegen und Mitbürger sind rund um die beiden Zechen weitgehend identisch, denn die Schachtanlagen sind die wirtschaftlichen Schwerpunkte dieser Gemeinden, um deren Fördertürme die Wohnsiedlungen wuchsen. Kein Wunder, daß sich die Sitzungssäle der Rathäuser zur Hälfte mit Bergleuten füllen, wenn der Bürgermeister (auch noch ein Bergmann) zur Sitzung ruft.

Ganz anders setzt sich die Zahl der übrigen Belegschaftsmitglieder zusammen, die anderen Parlamenten angehören. Wir nennen in der Tabelle auf der vorangehenden Seite unter den Hoesch-Werken die Namen in alphabetischer Folge, die Berufe, den Ort, in denen sie kommunalpolitisch wirken und die Partei, der sie angehören.

Bürgermeister und Verwaltungschef

In dieser Übersicht finden wir nicht nur mehrere Verwaltungen und Werke angeführt, wir

überspringen auch die Landesgrenze von Nordrhein-Westfalen. Das ist hier von besonderem Interesse, weil die Mitarbeiter der Trierer Walzwerke und der Schwinn AG in den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland unter anderen Gemeindeordnungen (Verfassungen) ihre Ämter versehen.

Greifen wir als Beispiel Edmund Hilpert, Fräser bei der Schwinn AG, heraus. Er ist seit 1960 Bürgermeister der Gemeinde Ottweiler im Saarland. Er führt nicht nur den Vorsitz des Gemeinderates, er ist auch gleichzeitig Leiter der Verwaltung. In Nordrhein-Westfalen bestimmt demgegenüber die Verfassung, daß der – wie jeder andere Abgeordnete gewählte – Bürger-

1 *Walter Behrendt, Redakteur bei der Westfalenhütte, ist seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages. Vorher hatte er fünf Jahre lang dem Dortmunder Stadtparlament angehört. Unser Bild zeigt ihn am Rednerpult des Bundestages*

2 *Im Gebäude des Düsseldorfer Landtages, dem er seit 1962 angehört, trafen wir Fritz Kinnigkeit, Mitarbeiter der Hoesch AG Bergbau, rechts, im Gespräch mit dem Minister a. D. für Landesplanung und Wohnungsbau, Josef Blank, kurz vor Beginn einer Sitzung des Fachausschusses*

3 *So also sollen die neuen Schulen aussehen, die aus Fertigteilen errichtet werden! Bei der Diskussion während einer Sitzungspause im Rathaus trafen wir unsere Mitarbeiter, die dem Dortmunder Parlament angehören. Von links: Adolf Gross, Benno Niggemeyer, Werner Willutzki und Franz Thiesbrummel*



1



2



3

meister der Vorsitzende des Rates und Repräsentant der Stadt ist, während an der Spitze der Verwaltung ein Beamter steht, nämlich der Stadt- oder Gemeindedirektor.

Dieser Unterschied in den Gemeindeordnungen der Länder hört sich wie eine unwesentliche verwaltungstechnische Einzelheit an, aber wir gehen hier darauf ein, weil die „Gewaltenteilung“ zwischen Bürgermeister und Stadtdirektor sehr vielen Bundesbürgern nicht geläufig ist. Oft wird diese Unkenntnis als Beispiel dafür angeführt, daß sich der Bürger zu wenig dafür interessiere, wie in seinem Rathaus „regiert“ wird. Kürzlich stellte sich bei einer Umfrage in Hagen heraus, daß genau die Hälfte der Befragten nicht wußte, daß ihr Oberbürgermeister der Vorsitzende des Rates, nicht aber Chef der Verwaltung ist!

Legislative – Exekutive

Diese „Gewaltenteilung“ geht auf die vom Reichsfreiherrn vom Stein entworfene preußische Städteordnung von 1808 zurück. Bei dem ersten Schritt in die gemeindliche Selbstverwaltung in Deutschland sollte der Bürger vor der Zusammenballung staatlicher Gewalt geschützt werden. Dieser Grundgedanke blieb bis heute erhalten: der Rat der Stadt oder Gemeinde faßt die Beschlüsse (Legislative = beschließende, gesetzgebende Gewalt) und die Verwaltung vollzieht die Beschlüsse (Exekutive = vollziehende Gewalt).

Die Teilung in ein beschließendes Organ (Rat) und ein vollziehendes Organ (Verwaltung) besteht in allen Länderverfassungen der Bundesrepublik, auch wenn in einzelnen Ländern die jeweiligen Spitzen sich in einer Person, dem Bürgermeister, vereinen. Daß sich die Länder nach 1945 verschiedene Gemeindeverfassungen

gaben, hat seinen Ursprung darin, daß man auf den traditionellen örtlich gewachsenen Formen früherer Gemeindeverfassungen aufbaute.

Einer von uns im Bundestag ...

Nach diesen „fünf Minuten Staatsbürgerkunde“ wieder zurück zu unseren Belegschaftsmitgliedern in Parlamenten.

Wir haben schon erwähnt, daß sich nach den drei Bürgermeistern unter den „Bergleuten in Parlamenten“, die wir im vorigen Bericht nannten, auch in der zweiten Hälfte unserer 56 Kommunalpolitiker mit Edmund Hilpert ein Bürgermeister befindet. Noch zwei weitere Hoesch-Mitarbeiter müssen wir besonders nennen, es sind dies Walter Behrendt, der seit 1957 Mitglied des Bundestages ist, und Fritz Kinnigkeit, der seit 1962 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen angehört.

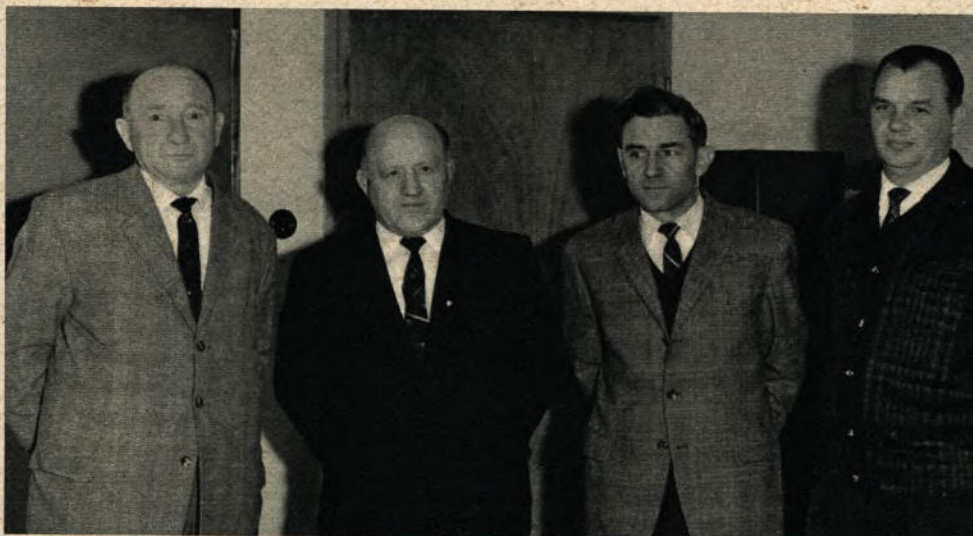
Walter Behrendt, seit 1954 Redakteur bei der Westfalenhütte, hatte sich in fünfjähriger Tätigkeit im Rat der Stadt Dortmund die politischen Sporen verdient, als er 1957 im Wahlkreis 117 für den Bundestag kandidierte und für die SPD die absolute Mehrheit errang. Die Arbeit in Bonn machte es erforderlich, daß er den Platz im Rat der Stadt freigab. In den Aufgabebereichen der parlamentarischen Ausschüsse konzentrierte sich Behrendt auf die Arbeits- und Sozialpolitik. In der Öffentlichkeit trat Behrendt besonders hervor, als er sich nachhaltig für ein verbessertes Jugendarbeitschutzgesetz einsetzte.

In seiner Fraktion hat Walter Behrendt entscheidend am Bundesurlaubsgesetz, am Kindergeldgesetz und am Gesetz für zivilen Ersatzdienst mitgearbeitet. Nachdem er 1961 wiedergewählt worden war, berief ihn die Fraktion zum Vorsitzenden der „Arbeitsgruppe Arbeit“.

Außerdem wurde er stellvertretender Vorsitzender des Bundesausschusses für Arbeit und seit März 1964 Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD.

... und einer im Landtag

Fritz Kinnigkeit, Mitarbeiter der Hoesch AG Bergbau in Altenessen, machte seine ersten Schritte auf dem glatten Parkett der Politik ebenfalls in einem Stadtparlament: Bevor er 1962 in den Düsseldorfer Landtag gewählt wurde, hatte er zehn Jahre lang der SPD-Fraktion des Rates der Stadt Essen angehört. Unsere Belegschaftsmitglieder der Altenessener Schachthanlagen hatten ihn während dieser Zeit durch seine Tätigkeit in der Wohnungsverwaltung der Hoesch AG Bergbau kennengelernt, jetzt kamen ihm seine Erfahrungen in den Fachausschüssen für Wohnungsbau zugute. Dem sozialen Wohnungsbau gilt auch im Landtag sein besonderes Interesse. Als Sprecher der SPD-Fraktion erschien er noch kürzlich in einem Fernsehinterview zum Thema „Freigabe der Mieten“ auf dem Bildschirm. In engem Zusammenhang mit einem sorgsam geplanten Wohnungsbau setzte sich Fritz Kinnigkeit auch für bessere Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet ein. Bei der Planung der Ost-West-Schnellstraße zwischen dem Ruhrschnellweg und der nördlichen Autobahn konnte er dem Ministerium für Wohnungsbau und Landesplanung wichtige Hinweise geben auf den für Industrie und Wohnsiedlungen günstigsten Verlauf der Straße im Essener Raum. Kinnigkeit wurde kürzlich vom Landtag in die Bundesversammlung gewählt, die aus 1042 Abgeordneten und Vertretern der Parteien besteht und am 1. Juli in Berlin den neuen Bundespräsidenten wählt.



Praktiker der Selbstverwaltung

Diesen beiden Abgeordneten steht die naturgemäß weitaus größere Zahl der Belegschaftsmitglieder in den Gemeinde- und Stadtparlamenten gegenüber. Sie haben mit den „demokratischen Spielregeln“ umzugehen, wo sich die Demokratie am ursprünglichsten verwirklichen läßt: in der Gemeinde. Ob in Homburg, Hiltrup, Trier oder Dortmund – in den Gemeinden und Städten stehen die Menschen den Gemeinschaftsproblemen am nächsten. Hier ist die Politik gut überschaubar, hier kann jeder zu einem sachlichen und politischen Urteil finden. Viele Fragen im Rat berühren das eigene Interesse, und der einzelne Bürger vermag einzusehen, daß Eigen- und Allgemeininteressen aufeinander abgestimmt werden müssen. Das aber ist die Aufgabe der Vertreter im Parlament. Ihr Wirken kann man überwachen, sie kann man zur Rede stellen, und man kann sie schließlich wiederwählen – oder auch nicht.

Vor der nächsten Wahl

Im September gehen wir wieder zur Wahlurne. Die vierjährige Legislaturperiode ist abgelaufen. Mit den Stimmzetteln erkennen wir die Arbeit unserer Abgeordneten in den Kommunalparlamenten an, bestätigen ihr Mandat oder berufen einen neuen Kandidaten. Wer mitentscheiden will – und das können wir an der Wahlurne –, sollte immer mitdenken und mitreden. Das Wort der Pessimisten muß nicht stimmen: Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs verführen leicht zu politischer Gleichgültigkeit! Im September gilt unser Auftrag nicht mehr für vier, sondern für fünf Jahre. Im Februar dieses Jahres beschloß der Landtag in Düsseldorf mit

den Stimmen der Regierungsparteien, die Wahlperioden der Kommunalparlamente und Kreistage von vier auf fünf Jahre zu verlängern. Im Landtag und in der Öffentlichkeit waren lange und heftige Diskussionen darüber vorangegangen, ob man auf diese Weise eine stetigere Arbeit in den Stadt- und Gemeindeparlamenten fördern und durch weniger kurz aufeinanderfolgende Wahltermine einer Wahlmüdigkeit in der Bevölkerung vorbeugen könnte. Beschlossen wurde in Düsseldorf außerdem, daß die Bürgermeister und Landräte künftig für die ganze Wahlperiode und nicht mehr jeweils für die halbe Zeit gewählt werden sollen. Nicht angenommen wurde dagegen der Antrag der Regierungsparteien, auch die Wahlperiode des Landtages von vier auf fünf Jahre zu verlängern. Da sich die SPD den vorgebrachten Argumenten nicht anschloß, kam die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande.

Viele in anderen Funktionen

In unseren beiden Berichten haben wir die Mitarbeiter aufgeführt, die als gewählte Volksvertreter ehrenamtlich tätig sind. Neben ihnen gibt es aber noch weit mehr Belegschaftsmitglieder, die in anderen Funktionen selbstlos dem Allgemeininteresse dienen. Wir denken an die Schöffen und Geschworenen bei den Gerichten, an die Mitarbeiter in Berufsvereinigungen oder Kirchengemeinden und an die Männer, die sich für die schwere Aufgabe als Schiedsmann zur Verfügung stellen. Sie alle aufzufinden und aufzuführen, ist unmöglich. Wir sollten uns aber öfter daran erinnern, daß ihnen Dank und Anerkennung zukommt. Abschließend bleibt noch der Wunsch, daß sich immer von neuem junge begeisterte

fähige Menschen finden, die es ihnen gleichzutun wollen, denn demokratisches Miteinander und Füreinander will immer von neuem wachsen.

1 Dipl.-Handelslehrer Friedhelm Simelka, den wir hier beim Unterricht in unserer Kaufmännischen Werk-schule in Dortmund sehen, ist seit 1961 Mitglied des Bochumer Stadtparlaments, da er in Bochum seinen Wohnsitz hat

2/3 Diese beiden Fotos aus Homburg an der Saar zeigen die Mitarbeiter der Schwinn AG, die verschiedenen Gemeindeparlamenten angehören. Bild oben von links: Ludwig Schirra, Edmund Hilpert, Wilhelm Gebhardt, Helmut Honecker; Bild unten: Ernst Zimmer, Otto Naumann, Helmut Hettrich und Benno Simon. Edmund Hilpert bekleidet seit 1960 das Amt des Bürgermeisters von Ottweiler. Der älteste Kommunalpolitiker unter ihnen ist Ernst Zimmer, denn er stellte sich schon vor zwölf Jahren für die Arbeit an der Gemeinschaft zur Verfügung

4 An seinem Meßgerät bei Becke-Prinz: Kontrolleur Karl Wagner, seit 1961 Mitglied des Gemeinderates Hemer

5 Materialprüfer Karl-Heinz Schorlemer von den Hiltruper Rohrwerken – unser Bild zeigt ihn bei der Arbeit mit dem Mikroskop – gehört seit 1960 dem Gemeinderat Hiltrup an

6 Im malerisch gelegenen Sauerlandstädtchen Werdohl ist Fritz Coßmann Mitglied des Stadtrates. In der Werdohler Gießerei der Schmiedag AG fotografierten wir ihn bei seiner Arbeit als Former

7 Bei den Trierer Walzwerken unterbrachen diese drei Gemeinderäte für einen Augenblick die Arbeit; von links: Bernhard Wallenborn, Johann Schneider und Maternus Monz. Sie vertreten ihre Arbeitskollegen und Mitbürger in Kenn/Trier und Schleidweiler-Rodt

8 Wie ein bestelltes Beispiel dafür, daß auch in Gemeindeparlamenten alle Berufe vertreten sind, wirkt dieses Bild von den politisch aktiven Mitarbeitern der Rheinischer Vulkan, Chamotte- und Dinaswerke mbH., Oberdollendorf. Von links: Aufbereiter Alfons Klopsch, Vorarbeiter Jacob Münch und Prokurist Ferdinand Schuchert



4



6



7



5



8





Eine,
die
für
viele
steht

Menschen
wie
du
und
ich

Die Stenotypistin

In dieser Aufsatzreihe stellen wir unseren Lesern aus der Vielzahl der in unseren Werken und Verwaltungen ausgeübten Berufe und Tätigkeiten Menschen vor, die stellvertretend für ihre Arbeitskollegen stehen. Die ersten Berichte unserer Reihe galten dem Hochöfner (1/64), dem Hauer (2/64), der Laborantin (3/64), dem Ausbilder (4/64) und dem Seilermeister (5/64).

Um sechs Uhr muß Ada Kuse aufstehen, denn ein Viertel vor sieben fährt die Straßenbahn ab, die sie von Essen-Margarethenhöhe zum Hauptbahnhof bringt. Unterwegs, am Gemarkenplatz, steigt Ute Ohlbrück ein, die wie Ada als Stenotypistin in der Verwaltung des Hoesch Bergbaus in Altenessen arbeitet. Vom Hauptbahnhof bringt sie ein Bus in zehn Minuten zu ihrer Arbeitsstätte.

Im Büro packt Ada Kuse ihre Tasche in den Schrank, gießt die Blumen auf dem Fensterbrett und schwenkt die Schreibmaschine aus der Versenkung. Noch ein Blick aus dem Fenster, „ob das schöne Wetter anhält“, dann spannt sie das erste Blatt in die Maschine. Heute ist es die Bitte um ein Angebot oder genauer: eine zweite Anfrage nach dem Angebot eines Generators, da auf die erste noch keine Antwort gekommen ist. Vor vierzehn Tagen hat Ada Kuse schon für ihren Chef, den Leiter der Abteilung „Einkauf über Tage“, an die betreffende Firma geschrieben, und nun mahnt sie das Angebot noch einmal an.

Sie hat alles fürs Kraftwerk Emscher bestellt

Ada Kuse gehört schon über ein Jahrzehnt zum „Einkauf über Tage“, der, wie schon der Name sagt, bestellt, was die Übertagebetriebe des Hoesch Bergbaus brauchen. So liefen in den vergangenen Jahren unter anderem auch die Bestellungen für die maschinellen Anlagen des Kraftwerkes Emscher durch ihre Maschine. Einen ganzen Aktenschrank füllen die Briefe und Formblätter, die sie während der vergangenen Jahre geschrieben hat. Wenn ihr Chef um einen Vorgang bittet, braucht sie nicht lange zu suchen. Fast alle Durchschläge hat sie selbst abgeheftet.

Eine Mitarbeiterin, auf die man sich verlassen kann

Ada Kuse sitzt nur selten an ihrer Maschine, ohne daß die Finger über die Tasten laufen. Ihr gegenüber tippt die jüngere Kollegin aus dem Stenogrammblock einen Brief, den sie am Abend vorher aufgenommen hat. Die beiden Maschinen klappern um die Wette. Ada Kuse hat die längere Übung und ist immer einige Takte voraus. „Natürlich geht es nicht jeden

Tag gleich flott, aber frühmorgens, wenn man ausgeschlafen ist, immer am besten.“

Mitten im Schreiben klingelt das Telefon. Ein Techniker fragt nach einem bestellten Elektromotor. Ada Kuse erkundigt sich bei dem zuständigen Sachbearbeiter, gibt Auskunft und macht sich selbst eine Notiz. Es wird eine unter vielen sein, die sie nachher ihrem Chef vorlegen wird, wenn er nach ihr ruft. Ada Kuse ist eingearbeitet, eine Mitarbeiterin, auf die man sich verlassen kann.

Auf die Frage, was für eine Stenotypistin am wichtigsten ist, antwortet sie ohne nachzudenken: „Zunächst fehlerlos schreiben. Doch das lernt sich bald. Außerdem muß man das eigene Stenogramm mühelos lesen. In unserer Abteilung werden viele technische Ausdrücke gebraucht. Wenn man sie nicht versteht, ist es schwierig, sie sinngemäß im Satz zu verwenden. Vor allem aber meine ich, daß man als Stenotypistin gute orthographische Kenntnisse mitbringen muß. Aber das ist doch alles selbstverständlich!“

Gewiß sind die technischen Fertigkeiten selbstverständlich – aber ohne Freude an der Arbeit, ohne Mitdenken, ohne Übersicht und Einteilung der täglichen Aufgaben würde auch Ada Kuse ihren Beruf nur halb erfüllen. Jeder, der in einem Büro tätig war, weiß, wie sehr der glatte, rei-

bungslose Arbeitsablauf von den Stenotypistinnen hinter den Schreibmaschinen abhängt.

Auch der Vater arbeitet bei Hoesch

Ada Kuse arbeitet gern in ihrem Beruf. Sie erzählt: „Mein Vater ist schon vierzig Jahre bei Hoesch. Er ist als Sachbearbeiter in der Abteilung Rechnungswesen. Klar, daß auch ich zu Hoesch ging. Und Stenotypistin wollte ich werden, weil man nach kurzer Ausbildung recht gut verdient. Außerdem ist die Arbeit abwechslungsreich. Ich bin eingearbeitet und bestimmt auch deshalb gern in diesem Büro, weil ich mit den anderen Mitarbeitern gut auskomme.“

Ob Ada Kuse, vor die Wahl gestellt, noch einmal Stenotypistin werden würde? „Bei gleicher Schulbildung, ja. Wahrscheinlich würde ich aber versuchen, weiterzukommen – zumindest, wenn ich vorhätte, für immer im Beruf zu bleiben!“ Und dann erzählt sie, daß sie verlobt ist und bald heiraten wird. Die Aussteuer hat sie sich vom Gehalt gespart. So wird das, was Ada Kuse heute in ihrer Freizeit zu ihrem Vergnügen betreibt, nämlich Kochen und Backen, bald zur täglichen Pflicht werden. „Eine schöne Pflicht“, lacht sie, „denn die Liebe geht schließlich immer noch durch den Magen.“



► In ihrer Freizeit lernt Ada Kuse in einem Abendkurs Kochen und Anrichten. Der wohlgelungene Braten zeigt: mit viel Erfolg!

**passiert
notiert
fotografiert**

Mehr als 150 britische Geschäftsfreunde – Kaufleute und Ingenieure großer Ölfirmen und Ingenieurgesellschaften – nahmen an einer Filmvorführung teil, zu der Hoesch Limited und Hoesch Export am 15. April in London eingeladen hatten. Dipl.-Ing. Heinz Groß, Direktoriumsmitglied der Hoesch AG Rohrwerke, sprach zunächst über technische Probleme des spiralgeschweißten Rohres, danach sahen die Gäste den Film „Spiralrohre von Hoesch“ und einen zweiten Film, der das Verlegen einer Hochdruckgasleitung aus Hoesch-Spiralrohren darstellte. Technisches Anschauungsmaterial und eine Diskussion rundeten die Zusammenkunft ab.



Am 8. Mai kam Simaly Thera, Botschafter der Republik Mali, nach Dortmund. Anlaß seines Besuches war ein Afrikanisches Seminar des Kreisverbandes Dortmund der Europa-Union und des Afrika-Kreises der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft. Im Mittelpunkt des Seminars standen der Vortrag Herbert Dellbrüggens „Der afrikanische Mensch – das zwanzigste Jahrhundert und wir“ und ein Gespräch am Runden Tisch „Afrika, Europa – neue Wege der Begegnung“. Am Nachmittag besuchte der Botschafter auch die Westfalenhütte; links neben dem Botschafter der französische Dolmetscher Grandidier, rechts Werksführer Bruno Warmowski.

99 Jahre alt wurde am 10. Mai in Hohenlimburg unser Pensionär Karl Dietrich! 38 Jahre – von 1894 bis 1932 – hatte er im Kaltwalzwerk Nahmer gearbeitet. Schon sein Vater, Heinrich Dietrich, hatte 25 Jahre im alten Werk am Langenkamp des damaligen „Limburger Fabrik- und Hüttenvereins“ am Puddelofen gestanden. Karl Dietrich, der als Walzer beschäftigt war, erinnert sich noch heute, daß der Hohenlimburger Betrieb bis 1886 den sogenannten Puddelstahl selbst herstellte, der dann in der Drahtwalze weiterverarbeitet wurde. 77 Jahre sind seitdem vergangen! Von den acht Kindern des heute 99-jährigen arbeiten zwei Söhne in unserem Hohenlimburger Werk: Ernst Dietrich, der seit 46 Jahren im Verkauf des Kaltwalzwerks tätig ist, und Hugo Dietrich, der Walzenschleifer war und seit vielen Jahren dem Betriebsrat angehört. Am 10. Mai gratulierten unserem Pensionär Bürgermeister Paul Knapp und Herbert Severing vom Direktorium der Hoesch AG Walzwerke (links auf unserem Bild), Betriebsleiter Siegfried Rittinghaus (rechts) und Betriebsratsmitglied Ewald Feisel.



Hundert Jahre Westfälische Berg- gewerkschafts- kasse



Beispiel des früh geprägten Gemeinsinns im Bergbau

„Die 100jährige Geschichte der Westfälischen Berggewerkschaftskasse ist eines der Beispiele frühen Gemeinsinns der Gewerken, der damaligen Bergwerksunternehmer an der Ruhr. Bergbau ist nicht eines Mannes Sache; die Wahrheit des alten Bergmannsspruches haben sie früh erkannt und danach gehandelt.“ Diese Worte stellte Berg-assessor a. D. Paul Schulte-Borberg als Vorsitzender des Vorstandes der Gewerkschaftskasse an den Beginn seines Rückblicks auf die Geschichte der Gemeinschaftseinrichtung während der Feierstunde am 5. Mai im Bochumer Schauspielhaus. Zur Hundertjahrfeier begrüßte Paul Schulte-Borberg, Vorstandsmitglied der Hoesch AG, die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Bundestages und des Landtages, der Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes, der Stadt Bochum, Professoren der technischen Hochschulen und der Bergschulen, Vertreter der Kirchen, der bergbaulichen Organisationen und anderer Vereinigungen. Die zahlreichen Ehrengäste gaben davon Zeugnis, daß die vom gesamten Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet getragene Berggewerkschaftskasse mit ihren über Deutschland hinaus bekannten Schulen, Prüfungs- und Forschungsanstalten weithin hohe Anerkennung findet.

In seinem Rückblick auf die Geschichte der Berggewerkschaftskasse führte Paul Schulte-Borberg aus:

„Natürlich hat die Geschichte der Westfälischen Berggewerkschaftskasse auch eine Vorgeschichte. Sie berührt sich schon mit der preußischen Geschichte Friedrichs des Großen, mit den bergmännischen und politischen Aufgaben des Freiherrn vom Stein, ja sogar mit der Befreiung Europas von der Herrschaft Napoleons.“

► Ein Blick in die Festversammlung im Bochumer Schauspielhaus. In der ersten Reihe von links: Prof. Dr. Wenke, Gründungsrektor der Universität Bochum, Generaldirektor Dr. Kost, Oberbürgermeister Heine-mann, Dr. Ewers, Staatssekretär im Nordrhein-Westfälischen Wirtschaftsministerium, Paul Schulte-Borberg (auf unserem Bild oben am Rednerpult), Oberstadtdirektor Dr. Petschelt, Prof. Dr. Hosemann, Berlin, Oberberg-rat Otto, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Berggewerkschaftskasse.

Nach dem Wiener Kongreß, durch den Preußen außer der Grafschaft Mark auch das gesamte übrige Ruhrgebiet erhielt, erklärte sich der preußische Staat bereit, dem Ruhrbergbau eine Organisation der Selbstverwaltung zu geben, eine Bergbauhilfskasse, die man als den unmittelbaren Vorläufer der Westfälischen Berggewerkschaftskasse ansehen kann. Aber diese Institution erfüllte die Hoffnung der Gewerken auf Befreiung von der staatlichen Bevormundung noch nicht. Jahrzehntlang diente dieses von den Gewerken eingezahlte Geld zur Bezahlung der Bergbeamten und für Verwaltungsaufgaben, ohne daß die Geldgeber eine Verfügungsgewalt darüber gehabt hätten. Diese Freiheit erreichten die fortschrittlich gesonnenen Männer an der Ruhr erst im Zuge der allgemeinen Liberalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens nach der Jahrhundertmitte. Sie wurde verwirklicht durch das ‚Gesetz betreffs Verwaltung der Bergbauhilfskassen‘ von 1863.

Jetzt war der Weg frei zur Gründung der Westfälischen Berggewerkschaftskasse als einer selbständigen Organisation im Dienste des Bergbaus.

1864 erste Generalversammlung

Am 18. März 1864 erteilte der Handelsminister in Berlin die Genehmigung, und am 15. April 1864 fand die erste Generalversammlung in Bochum statt, die den siebenköpfigen Vorstand wählte, dessen erster Vorsitz Heinrich Heintzmann wurde.

Laut Statut war die erste Aufgabe der Westfälischen Berggewerkschaftskasse die Übernahme und Unterhaltung der Bergschule in Bochum. Das Bergschulwesen an der Ruhr hatte damals schon eine fünfzigjährige Geschichte. Ostern 1814 war die erste Bergschule an der Ruhr, und zwar in Essen, entstanden. So können wir heute gleichzeitig den 150. Geburtstag des Bergschulwesens in unserem Revier feiern. Die Bochumer Bergschule wurde zwei Jahre später gegründet.

1 Pfennig je 100 Zentner Kohle

Eine grundsätzliche Änderung trat erst ein, als der junge Bergassessor Hugo Schultz 1868 das Amt des Geschäftsführers der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und des Direktors der



Bergschule Bochum übernahm und nach dreijähriger Tätigkeit eine Denkschrift vorlegte, die eine völlig neue finanzielle Basis schuf. Schultz forderte von den Zechen einen jährlichen Beitrag von ihrer Förderung, damals 1 Pfennig je 100 Zentner geförderter Kohle.

Bereits in den achtziger Jahren hatte sich die Westfälische Berggewerkschaftskasse zum bedeutenden Träger der bergmännischen Lehre und Forschung im Ruhrrevier entwickelt und genoß allgemeine Anerkennung. Aus diesem Grunde wurde in diesem Jahrzehnt der Versuch gemacht, sie auch mit Aufgaben der Kohlenwirtschaft und anderen Gemeinschaftsaufgaben zu betrauen.

Zweimal schwere Nachkriegsjahre

Nach den schweren Kriegs- und Inflationsjahren kam ein neuer Aufschwung mit der 1925 einsetzenden Mechanisierung und Rationalisierung des Bergbaus. Mit seinem hohen wissenschaftlichen Können war Fritz Heise der geeignete Mann, die von ihm geleitete Organisation auf die durch diese Entwicklung gestellten Aufgaben auszurichten.

Durch die Weltwirtschaftskrise und die nationalsozialistische Zeit führte die Westfälische Berggewerkschaftskasse Friedrich Herbst, der 1931 Nachfolger von Fritz Heise geworden war. Der Vorstandsvorsitz ging im gleichen Jahr von dem verdienten Albert Hoppstaedter auf den sehr aktiven Otto Krawehl über. Als die Versuche staatlicher Einwirkung immer stärker wurden, hatte die Westfälische Berggewerkschaftskasse ab 1937 in Theo Keyser einen Mann, der es mit Geschick und Tatkraft verstand, sie gegen diese Einflüsse zu verteidigen und ihre Selbständigkeit zu wahren. Mit der stark steigenden Förderung vor dem zweiten Weltkrieg wurden das Schulwesen und alle Forschungs- und Prüfstellen erheblich ausgebaut.

Der zweite Weltkrieg hinterließ der Westfälischen Berggewerkschaftskasse weithin nur ein

▼ Vor 70 Jahren hatte auch der Bergmann noch Sinn für „Romantik“: 1892 entstand dieses Foto, zu dem sich Bergschüler als Erinnerung an die Schulzeit malerisch vor der Kamera aufbauten. In der Gruppe der Lehrer unten links sitzt als dritter von links Geheimrat Dr. Hugo Schultz, unter dessen Leitung ab 1869 die Schule zur bedeutendsten deutschen Bergschule wurde



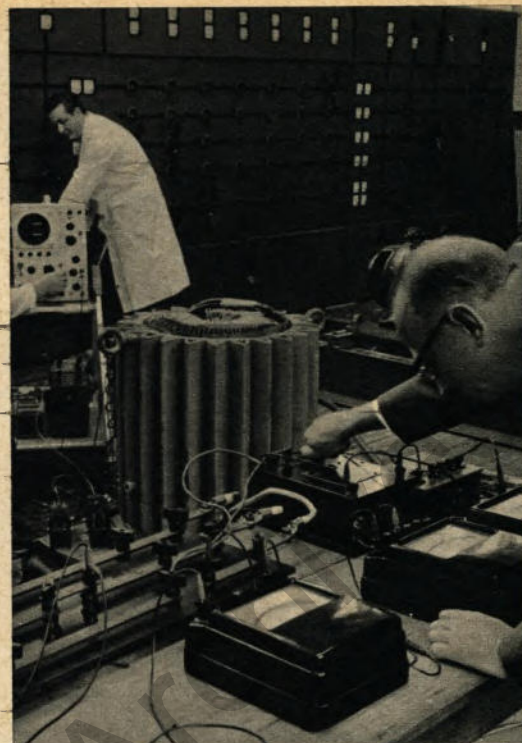
Trümmerfeld. Als Aktivum verfügte sie aber noch über einen ausgezeichneten Stamm von Mitarbeitern. So gingen die Wiederaufbauarbeiten unter der tatkräftigen Leitung des damaligen Vorstandsvorsitzers, Dr. Werner Haack, erfreulich schnell und erfolgreich vor sich. Alle Einrichtungen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse wuchsen unter dem Zwang, der technischen Entwicklung zu folgen und bei der ständig steigenden Förderung für die Bergwerksgesellschaften genügend Aufsichtspersonen ausbilden zu können, in einem früher nicht gekannten Ausmaß.

Die wichtigsten Abteilungen heute

Heute beherbergt das große Gebäude unserer Gemeinschaftsorganisation als wichtigste Abteilung das bergmännische Schulwesen, das immer das Herzstück der Westfälischen Berggewerkschaftskasse gewesen ist. Dazu gehören die Bergberufsschulen, die Berufsaufbauschulen und die Bergschulen sowie die neu gegründete Ingenieurschule für Bergwesen. Wenn wir bei dieser Neugründung uns auch gegen den Widerstand von vielen Seiten haben durchsetzen und viele Schwierigkeiten haben überwinden müssen, so glauben wir doch, daß wir im Interesse des Bergbaus mit der ingenieurmäßigen Ausbildung unseres Nachwuchses den richtigen Weg beschritten haben.

In enger Zusammenarbeit mit diesen Schulen erfüllen die anderen Abteilungen ihre Aufgaben im Dienste von Lehre und Forschung. Von ihren Vorgängern übernahm die Westfälische Berggewerkschaftskasse die Vorarbeiten für das bergmännische Karten- und Reißwesen, die sie zur Abteilung Markscheidewesen ausbaute. Die Geologische Abteilung entwickelte sich aus der Übernahme vorhandener Sammlungen. Gleich in den Anfangsjahren wurde der Grundstein zur Chemischen Abteilung gelegt, der Fritz Muck, der Begründer der Kohle-Chemie, lange vorstand.

Andere Abteilungen – und das ist bezeichnend für die enge Verbindung von Lehre und Forschung bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse – sind aus der Arbeit der Schule hervorgegangen und von Bergschullehrern gegründet worden. Es sind die Seilprüfstelle, die Prüfstelle für Grubenbewetterung, die Wasserwirtschaftsstelle, die Maschinentechnische Abteilung, die Elektrotechnische Ab-



▲ Das bergmännische Schulwesen ist immer, wie Paul Schulte-Borberg in seiner Rede hervorhob, das Herzstück der Berggewerkschaftskasse gewesen. Nach den Berufsschulen, Aufbauschulen und Bergschulen wurde im letzten Jahr die Ingenieurschule für Bergwesen gegründet. WERK UND WIR berichtete darüber in Heft 11/1963. Unser Bild aus dieser Schule zeigt den Dozenten Dipl.-Ing. Schoemmer, rechts, im Elektro-Laboratorium bei der Meßanordnung zur Untersuchung des Betriebsverhaltens von Drehstrom

teilung und die Abteilung Betriebsführung unter Tage.

Die beiden bekannten Museen

Es bleiben noch die beiden Museen. Zur Geologischen Abteilung gehört das Geologische Museum. Leider ist es uns auch in Zusammenhang mit unserer Hundertjahrfeier nicht gelungen, dafür das dringend notwendige eigene Heim zu schaffen. Dafür erhoffen wir von den Freunden dieser reichen Sammlung noch tatkräftige Hilfe, zumal auch der Universität Bochum diese Schätze sinn- und zweckvoll für wissenschaftliche Aufgaben zugänglich gemacht werden könnten.

Als letzte Abteilung nenne ich schließlich diejenige, die den Namen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse am weitesten hinausgetragen hat in die Welt, unser Bergbau-Museum, das von uns gemeinsam mit der Stadt Bochum unterhalten wird.

An andere Institutionen abgegeben haben wir die Arbeitsgebiete Kohle-Chemie und Kohlenpetrographie, wie überhaupt in den letzten Jahren eine saubere Trennung zwischen den Forschungsaufgaben des Steinkohlenbergbauvereins und der Westfälischen Berggewerkschaftskasse durchgeführt wurde; um Doppelarbeit zu vermeiden.

Die Westfälische Berggewerkschaftskasse sieht als ihr Arbeitsgebiet an, alle wissenschaftlichen und bergmännischen Aufgaben, die der schulischen Ausbildung des Nachwuchses und der Sicherheit von Mensch und Betrieb im Bergbau dienen.

Mit Zuversicht in die Zukunft

Überblicken wir die 100jährige Geschichte der Westfälischen Berggewerkschaftskasse, so stellt sich uns eine eigenwillige Organisation vor, die der Bergbau sich selbst geschaffen hat,

► Die Einrichtung, die den Namen der Berggewerkschaftskasse am weitesten hinausgetragen hat in die Welt, ist das Bergbau-Museum, das gemeinsam mit der Stadt Bochum unterhalten wird. Unser Bild zeigt einen Blick in die Halle 1 („Bergwirtschaft und Wohnen“) mit einer Besuchergruppe vor dem Modell einer modernen Schachtanlage

um seine großen Aufgaben mit eigenverantwortlicher Tatkraft und großer Elastizität lösen zu können. Aus dem Geiste des Liberalismus' und der freien Unternehmerinitiative des vorigen Jahrhunderts geboren, hat die Westfälische Berggewerkschaftskasse doch immer ein enges Verhältnis zu den staatlichen Stellen gefunden und gepflegt.

Sie hat darüber hinaus ihre Einrichtungen, die zum Teil Rang und Namen über die deutschen Grenzen hinaus erworben haben, in den Dienst einer breiten Öffentlichkeit gestellt. Im Wandel der Zeiten war sie, wo immer es notwendig wurde, selber wandelbar. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese glückliche und erfolgreiche Entwicklung sich auch in der Zukunft fortsetzen möge.

Mit allen Freunden und Helfern wollen wir auch in Zukunft so zusammenarbeiten wie in der Vergangenheit, zum Wohle unseres 100jährigen Geburtstagskinds, für die erfolgreiche Entwicklung der mutig aufstrebenden Stadt Bochum, für die Zukunft des Ruhrbergbaus und damit zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes."

Erziehung und Bildung in der Industriegesellschaft

Professor Dr. Hans Wenke, Gründungsrektor der Ruhruniversität Bochum, sprach in seinem Festvortrag zum Thema „Erziehung und Bildung in der Industriegesellschaft“. Zu Beginn umriß er die charakteristischen Merkmale der Industriegesellschaft und stellte heraus, daß aus der Arbeitsteilung in der modernen Welt das Spezialistentum mit seinen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen erwachsen sei, daß Einsichten und Ergebnisse der Wissenschaft und die Technik alle unsere Lebensbereiche durchdrängen, daß Großorganisationen unser Berufsleben bestimmten und daß schließlich die industriell-wirtschaftliche Welt planetarische Ausmaße angenommen habe. Aus der Feststellung, daß die Industriegesellschaft einer ständig beschleunigten Entwicklung und Veränderung unterworfen sei, zog Professor Wenke die gebotenen erzieherischen Folgerungen. Er betonte, wie notwendig es sei, die Grundbildung der Schule mit der Spezialbildung in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Nach einem Rückblick in die Entwicklung des Schulwesens hob Prof. Wenke hervor, daß die Wirtschaft in der Berufsbildung die Initiative ergriffen habe, und dafür sei die 100jährige Arbeit der Westfälischen Berggewerkschaftskasse ein großartiges Beispiel.

Lehre und Forschung Wissen und Charakter

Der Vorrang der Wissenschaft und der Vernunftglaube in allen Lebensbereichen fordere heute mehr denn je einen engen Zusammenhang von Lehre und Forschung. So sei es zu begrüßen, daß die Westfälische Berggewerkschaftskasse vom ersten Tage des Bestehens an den Grundsatz der Verbindung von Lehre und Forschung in den Mittelpunkt gestellt habe, denn schon in ihrem ersten Statut von 1864 sei dieser Gedanke klar verankert. Das sei eine der besten Grundlagen für die kommende Zusammen-



menarbeit zwischen der Ruhruniversität und der Berggewerkschaftskasse.

Prof. Wenke stellte heraus, daß sich die Gemeinschaftsorganisation des Bergbaus auch erfolgreich des Problems angenommen habe, Wissen und Charakter gleichzeitig zu bilden. Ebenso erfreulich sei die Tatsache, daß in den Bildungsstätten der Berggewerkschaftskasse das Fach Lebens- und Kulturkunde einen so breiten Raum einnehme.

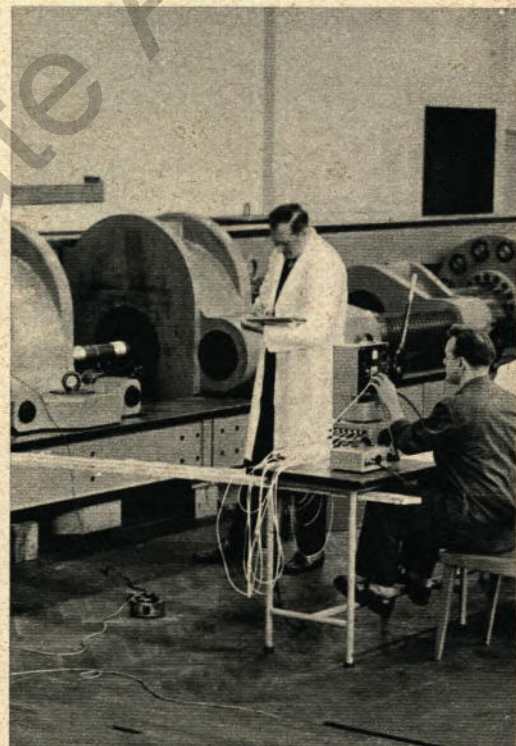
Mit Bochum verbunden

Nachdem Staatssekretär Dr. Ewers vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium die Grüße des Bundeswirtschaftsministeriums und des Landes überbracht und das enge Verhältnis der Gewerkschaftskasse zu staatlichen Stellen anerkannt hatte, hob Oberbürgermeister Heinemann hervor, daß die Jubilarin der Stadt Bochum Geltung und Ansehen in der Welt verschafft habe. Bochum habe den steilen Aufstieg des Bergbaus miterlebt und in der jüngsten Vergangenheit die Stilllegungen von neun Schachtanlagen beklagt. Diese Entwicklung habe aber die Einstellung der Stadt zur Westfälischen Berggewerkschaftskasse und zum Bergbau schlechthin nicht ändern können.

Aufgaben in der Zukunft

Oberbergrat Keyser, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, überbrachte im Namen des gesamten Bergbaus der Jubilarin herzliche Glückwünsche und sagte unter anderem: „Wir im Bergbau blicken mit Stolz auf die Gemeinschaftseinrichtungen, die ihren tiefen Grund haben auf dem Gebiet der Forschung, im Sozialbereich und in der Ausbildung. Wir hoffen, daß diese Einrichtungen sich weiter entwickeln werden. Bei dem heutigen Jubiläum wollen wir uns als Bergleute versprechen, daß wir in diesem Geiste weiterarbeiten werden und unsere Gemeinschaftseinrichtungen gegen bergfremde Einflüsse erhalten, sie entwickeln und weiter pflegen wollen.“

Bei einem Rückblick auf die schwere Zeit nach 1933 hob Oberbergrat Keyser hervor, daß es der Westfälischen Berggewerkschaftskasse damals gelungen sei, sich gegen alle Versuche staatlicher Eingriffe zu bewahren. Als einzige Institution in Deutschland habe sie es gewagt, wegen Herausgabe des Vermögens einen



▲ Wenn heute täglich Tausende von Bergleuten sich mit dem Gefühl der Sicherheit dem Förderseil anvertrauen, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst der über Deutschland hinaus bekannten Seilprüfstelle der Berggewerkschaftskasse. Unsere Aufnahme entstand an der 1000-t-Zugprüfmaschine bei der Vorbereitung einer Zerreißprobe

Musterprozeß zu führen – und man habe diesen Prozeß gewonnen. Heute gehe es darum, trotz aller Krisenerscheinungen im Bergbau das Erbe zu bewahren und die gestellten Aufgaben weiterhin erfolgreich zu bewältigen.

Fritz Pott, Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie und stellvertretender Vorsitzender des Beirates der Hoesch AG Bergbau, hob die partnerschaftliche Verbundenheit der Gewerkschaft mit der Berggewerkschaftskasse hervor. Er betonte, daß seine Gewerkschaft die Lehr- und Forschungsarbeit der Kasse besonders auf dem Gebiet der Ausbildung und der Sicherheit mit größter Aufmerksamkeit und Anerkennung verfolge. Pott sprach die Hoffnung aus, daß die Westfälische Berggewerkschaftskasse ihre Aufgaben zum Segen für den gesamten Bergbau auch weiterhin erfüllen könne.



Gut vorbereitet in die Lehre

1



3

Nach drei Monaten einführenden Unterrichts in der Kaufmännischen Werkschule

Sie hatten nach der Entlassungsfeier in der Schule nur eine kurze Verschnaufpause. Nur verstohlen ging der eine oder andere mit dem jüngeren Bruder Ostereier suchen – schließlich war man jetzt „erwachsen“. Nur wenige Tage nach dem Fest begann „der Ernst des Lebens“, kam der Tag der Einstellung als Lehrling bei einer der Hoesch-Gesellschaften im Dortmunder Raum. Mit einem guten Abgangszeugnis in der Tasche, mit neuer Krawatte und zum erstenmal rasiert, mit dem stolzen Gefühl, die Schule jetzt endgültig hinter sich zu haben, ging es zum erstenmal „zum Werk“. Prompt gab es die erste Überraschung: Statt des neuen Chefs stand wieder ein Lehrer vor ihnen. Das war kein Aprilscherz: sie sollten noch einmal für drei Monate auf die Schulbank!

„Verflixt! Was haben sich die Hoesch-Leute denn dabei gedacht? Habe ich meine Eignungsprüfung nicht glatt hingelegt? Die paar Rechtschreibfehler oder die etwas schiefen Ausdrücke im Aufsatz, was zählt das schon – oder sollte man mir meine holprige Bruchrechnung so sehr angekreidet haben?“

So oder ähnlich mögen sie sich gefragt haben. Aber es gab einen Trost: Sie alle, die 33 kaufmännischen Lehrlinge und 25 kaufmännischen

Anlernlinge von den insgesamt 84 neuen Lehrlingen, die vor Beginn der Lehrzeit keine berufsvorbereitende Schule, also keine Handelsschule oder höhere Handelsschule besucht hatten, mußten sich damit vertraut machen, für drei Monate, während ihrer Probezeit, die Werkschule besuchen zu müssen. Und nach den ersten Tagen hatten sie es „spitz“: „Die Hoesch-Leute haben sich wirklich etwas dabei gedacht! Schwimmen lernt man auch nicht an einem Tag! Vielleicht wollen sie uns auch etwas auf den Zahn fühlen! Na, wenn schon! ...“

Eine Brücke in den Beruf

Sie hatten mit beidem recht! Heute, kurz vor dem Abschluß des dreimonatigen Werkschulunterrichts, kennen sie die Antwort: man wollte ihnen eine Brücke bauen! Eine Brücke von der vertrauten Schule ins unbekannte Land des Berufs. Und man wollte herausfinden, wo die Schule – oder der etwas müde gewordene Lerneifer – Lücken gelassen hatte. Außerdem gab es im achten Schuljahr keine kaufmännischen Grundfächer, keine Schreibmaschine und keinen Stenogrammblock.

Am 1. Juli, wenn die eigentliche Lehrzeit beginnt, sehen sie den gewählten Beruf mit anderem Blick. Sie gehen nicht mehr unvorbereitet in den Betrieb. Die Schritte sind sicherer geworden für den ersten Gang an den Arbeitsplatz. Es ist nicht mehr ganz so schwer, statt eines Klassen-

kameraden jetzt einen Kollegen neben sich zu haben.

Vier Ziele der Werkschule

So sieht Diplom-Handelslehrer Tripp, der Leiter unserer Kaufmännischen Werkschule, den Sinn dieses vorbereitenden Werkschulunterrichts:

1. Der Übergang von der Schule in den Beruf soll nicht unvermittelt erfolgen, sondern allmählich. Dabei müssen Arbeitspensum und Arbeitszeit für die Hausaufgaben den Schüler mehr beanspruchen als früher, um ihn auf den ganztägigen Einsatz im Betrieb vorzubereiten.
2. Der Vorsprung der Lehrlinge, die vor der Lehrzeit eine Handelsschule oder höhere Handelsschule besucht haben, muß aufgeholt werden, damit der Lehrling ohne eine kaufmännische Vorbildung nicht mutlos wird und erkennt, daß die fachlichen Vorkenntnisse gut erlernbar sind, und daß er seine Leistungsfähigkeit steigern kann.
3. Der Lehrling muß einsehen lernen, welche Bedeutung ein solides Allgemeinwissen als Voraussetzung für berufliche Leistung hat. Dabei soll die eigene Tätigkeit und das Verantwortungsgefühl für die weitere Fortbildung geweckt werden.
4. Der tägliche Werkschulunterricht soll allgemein erzieherisch auf den Lehrling einwirken,



1 „Die Schreibmaschine ist kein Klavier!...“ Fachlehrerin Schäfer, auf unserem Bild an der Maschine, zeigt den Lehrlingen die richtige Haltung der Hände beim Tastschreiben. Hinter ihr von links Dorothea Volmerich, Christel Becker, Erika Liedloff und Bärbel Goese

2 In „Reih und Glied“ üben unsere angehenden Bürogehilfinnen nach der Anweisung vom Lehrerpult. In der ersten Reihe von links Maria Stegemann, Annette Wessel, Elke Centler, Gisela Potthoff, Margitta Timm; in der zweiten Reihe Margret Assheuer, Ilse Braun, Erika Liedloff, ganz hinten Ursula Mörmel

3 Dipl.-Handelslehrer Tripp, Leiter der Kaufmännischen Werkschule, behandelt mit den Schülern ein Thema nach einem Bericht in unserer Werkzeitschrift. Vor ihm in der ersten Reihe von links Janis Martin und Heinz-Jürgen Stenzel, dahinter Peter Koluwijs, Michael Kessner, Gisbert Heining, Rolf Haarmann und dahinter Jürgen Wever

4 „Deutsch“ nimmt in dem vorbereitenden Unterricht einen breiten Raum ein. Dipl.-Handelslehrer Simelka, stehend, spricht mit den Schülern einen Aufsatz durch



Vor allem: Deutschunterricht

Ganz groß geschrieben wurde der Deutschunterricht. In einem systematischen Aufbaukursus mit kaufmännischem Schwerpunkt waren die Schulkenntnisse in der Rechtschreibung, der Satzkunde und Zeichensetzung zu wiederholen und zu vertiefen. Der verhältnismäßig knappen Zeit entsprechend, wurden Aufsatz und Stilkunde auf den späteren Unterricht in Betriebswirtschaftslehre und Schriftverkehr verlegt.

Das Unterrichtsfach Bürgerkunde machte die Lehrlinge und Anlernlinge mit der Geschichte von Hoesch und der einzelnen Werke und Gesellschaften vertraut. Die Lehrer diskutierten mit den Lehrlingen als jungen Staatsbürgern über die Formen unseres demokratischen Gemeinwesens und die Pflicht, politisch mitzudenken. In der Buchführung kam es zunächst nur darauf an, die Lehrlinge mit den Grundbegriffen vertraut zu machen. Am Schluß des dreimonatigen Unterrichts machte es den Jungen und Mädchen kaum noch Schwierigkeiten, einfache Buchungssätze zu bilden und Übungsaufgaben von der Eröffnungs- bis zur Schlußbilanz zu lösen.

Blick in die Welt des Kaufmanns

Ein „Kapitel für sich“ war das kaufmännische Rechnen. Dabei lag die Betonung zunächst nicht auf dem „kaufmännischen“. Als dringend notwendig erwies es sich, die Grundrechnungsarten zu wiederholen. Nicht nur, wer im achten Schuljahr manchmal „gebummelt“ hatte, sah bald ein, daß es viel nachzuholen und zu ergänzen galt. Erschreckend war auch in diesem Jahr für die Lehrer, daß zu viele Schüler eine deutliche Schwäche in der Konzentrationsfähigkeit zeigten und besonders im Kopfrechnen schwerfällig sind.

Am 1. Juli verlassen sie nun endgültig die Schulbank und gehen in den Betrieb. Nach dem dreimonatigen vorbereitenden Unterricht haben sie nicht nur ihr Wissen aufgefrischt, Lücken ergänzt und herausgefunden, wo noch etwas nachzuholen ist – die Werkschule hat ihnen auch schon einen gewissen Ausblick in die Welt des Kaufmanns eröffnet. In den nächsten Monaten und Jahren gilt es nun, die in den Abteilungen gewonnenen Kenntnisse mit dem in der Werkschule weiter zu vermittelnden Stoff zu verbinden, um zum Ende der Lehrzeit mit Zuversicht in die Abschlußprüfung gehen zu können.

Josef Assion im Ruhestand

Als Josef Assion, kaufmännischer Geschäftsführer der Dortmunder Drahtseilwerke, am 31. März 1964 in den Ruhestand trat, konnte er auf 53 arbeitsreiche Jahre in den Diensten von Hoesch zurückblicken. 28 dieser 53 Jahre war er für die Dortmunder Drahtseilwerke tätig gewesen, deren Entwicklung er seit 1950 als Geschäftsführer entscheidend mitbestimmt hat. Josef Assion stammt aus Trier. Am 7. Mai 1897 geboren, begann er als Vierzehnjähriger bei



der Trierer Walzwerk AG die kaufmännische Lehre. Nach ihrem Abschluß übernahm ihn das Trierer Werk im Jahre 1914 als Buchhaltungs-Korrespondenten. In kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen bildete sich der aufgeschlossene und wissensdurstige junge Angestellte weiter. Schon 1918 wurde sein Eifer belohnt, als ihm die Leitung der Buchhaltung übertragen wurde. 1926 übernahm Josef Assion die Verantwortung für das gesamte Rechnungswesen, und 1934 erhielt er Prokura. 1936 wurde er mit der kaufmännischen Verwaltung der Dortmunder Drahtseilwerke betraut und übersiedelte nach Dortmund.

Nach dem Ende des Krieges mußte Josef Assion die schwersten Aufgaben seines beruflichen Lebens lösen, denn es galt, die stark zerstörten Drahtseilwerke, von denen viele glaubten, daß sie nie wieder erstünden, wieder aufzubauen und ihren Maschinenpark zu erneuern. Mit großer Tatkraft nahm Josef Assion mit seinen Mitarbeitern diese Arbeit in Angriff; nach deren Abschluß die Dortmunder Drahtseilwerke wieder zu einem der führenden Betriebe ihrer Branche zählten.

Auch in Zukunft wird Josef Assion die Entwicklung des Werkes, mit dem er so eng verbunden ist, mit wachem Interesse weiter verfolgen. Doch auch die Muße wird nun zu ihrem Recht kommen. Aufrichtig wünschen wir Josef Assion, daß ihm nach seinem langen und erfolgreichen Arbeitsleben noch viele Jahre bei guter Gesundheit vergönnt sein mögen.

indem er ihn an Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Ehrlichkeit gegen sich selbst und anderen gegenüber, kameradschaftliche Hilfe und Disziplin gewöhnt.

Rückblick auf drei Monate

Am 1. Juli geht die Vorbereitungszeit der Lehrlinge dieses Jahres zu Ende. Blättern wir einmal zurück im „Klassenbuch“ dieses Jahrgangs! Wegen der großen Schülerzahl mußten in diesem Jahr wieder zwei Tagesschulklassen eingerichtet werden. Die 24 Lehrlinge und zwei Anlernlinge, die bereits eine berufsvorbereitende Schule besucht hatten, kamen wöchentlich nur einmal zur Werkschule und waren während der übrigen Tage schon in den Betriebsabteilungen eingesetzt.

Für die 58 Jungen und Mädchen aber, die täglich zur Werkschule kamen, fand sich ein ganz neues Fach auf dem Stundenplan: Grundkenntnisse in den schreibtechnischen Fächern.

Beim Unterricht in der Kurzschrift blieb es in den ersten Wochen bei der Einführung in das Gesamtsystem. Hier wird die lange Übung zeigen müssen, wer einmal ein sauberer und schneller Stenograf werden kann. An der Schreibmaschine wurde nach strenger Methode „das Tastenfeld erarbeitet“. Die Lehrer legten dabei den größten Wert darauf, daß die einzelnen Griffe sicher beherrscht werden. Als Grundsatz galt: Sicherheit geht vor Schnelligkeit! Und: Durch Sicherheit zur Schnelligkeit!

Zum 1. Mai 1964

DGB

„Gerade die Geschichte des 1. Mai beweist, daß die Hoffnung auf den Sieg von Recht und Freiheit die schweren Zeiten des Unrechts und der Unterdrückung überdauern kann“, sagte Bundespräsident Heinrich Lübke in einer Ansprache am Vorabend des 1. Mai 1964. „Für uns im freien Teil Deutschlands ist der 1. Mai ein Feiertag der Arbeit geworden, den wir mit Freude begehen“, erklärte der Bundespräsident. „Aber unsere Gedanken richten sich mit Sehnsucht auf jenen 1. Mai, den die Deutschen einmal gemeinsam feiern werden. Dann können sie sich der wiedergewonnenen Einheit, des sozialen Friedens und der politischen und menschlichen Freiheit erfreuen.“

Kampf um soziale Gerechtigkeit

Den Anspruch der Gewerkschaften auf Mitbestimmung in Demokratie und Gesellschaft erhob der Deutsche Gewerkschaftsbund auch in seinem diesjährigen Aufruf, in dem es heißt: „Inmitten einer sich dynamisch verändernden Welt waren und sind die Gewerkschaften die besten Anwälte der Arbeitnehmer. Nicht immer wurden ihre Zielsetzungen verstanden und unterstützt. Sie werden sich trotzdem weiterhin bemühen, alle Schichten unseres Volkes von der Notwendigkeit ihres Kampfes um die soziale Gerechtigkeit zu überzeugen. Ob die Wirtschaft eines Landes der Wohlfahrt aller oder nur dem Profitstreben einiger weniger dienen soll, ist die Kernfrage unserer Gesellschaft. In dieser Frage werden die Gewerkschaften stets konsequente Verfechter der Rechte aller Arbeitnehmer sein.“

Rosenberg: Gewerkschaften gestalten unsere Demokratie mit

In einer von allen Sendern der Bundesrepublik übertragenen Feierstunde in der Stuttgarter Liederhalle sagte Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Wer unseren Anspruch bestreitet, diese Demokratie und ihre Gesellschaft mitzugestalten,

mitzuformen, als Teil des Ganzen mitzubestimmen, der mag bedenken, daß seine Stellung und sein materieller Anteil an dem Ergebnis der vergangenen Jahre zu gutem Teil der Arbeit der Millionen Arbeitnehmer und dem verantwortungsbewußten Wirken der Gewerkschaften zu danken ist.“

Gegen die Ansicht, der 1. Mai sei als Feiertag der Arbeit nicht mehr zeitgemäß, wandte sich der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Rolf Spaethen, in einer Rundfunkansprache. Er versicherte, der 1. Mai habe wie andere Feiertage seinen Charakter und erinnere Millionen Arbeiter und Angestellte daran, Erreungen zu bewahren und weitere Fortschritte zu machen.

Paulssen: Grenzen der Leistungsfähigkeit anerkennen

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Hans-Constantin Paulssen, appellierte in einem Aufruf zum 1. Mai an die Öffentlichkeit, die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Bundesrepublik nüchtern zu erkennen und den notwendigen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten. Diesen Appell richtete er mit Nachdruck an alle, sowohl an die öffentliche Hand wie an die Unternehmer und an die Gewerkschaften. Dr. Paulssen schloß seinen Aufruf mit den Worten: „Am 1. Mai 1964 sollten wir uns alle in der Bundesrepublik erneut der Aufgabe erinnern, die uns im freien Teil Deutschlands gestellt ist: Festigung und Ausbau unserer sozialen Ordnung mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft zu steigern, den Lebensstandard des Volkes weiter anzuheben und der sozialen Gerechtigkeit, überall dort, wo wir stehen, zu dienen.“

► Auch in diesem Jahr haben viele unserer Belegschaftsmitglieder an den Kundgebungen zum 1. Mai teilgenommen. Unsere Aufnahmen entstanden in Essen (1), Dortmund (2,3), Hagen (4), Hohenlimburg (5) und Bockum-Hövel (6)



1



3



5



2



4



6

Gedichte von gestern – gültig auch heute

Zum 1. Mai 1893 schrieb Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, daß „die Arbeitszeit bei den Bäckern noch 18 Stunden, bei den Textilarbeitern noch 12 bis 14 Stunden und bei den Schlachtern im Sommer von Tagesgrauen bis zur Dunkelheit dauert . . .“, und er beklagte, daß „man der Ausbeutung der Arbeitskraft nicht einmal durch einen elfstündigen Normalarbeitstag gesetzlich eine Grenze ziehen will“. Kein Wunder also, daß der 8-Stunden-Tag die große Sehnsucht des Arbeiters war:

„Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind, mein Weib!
Wir haben auch Arbeit, und gar zu zweit,
und wir haben die Sonne und Regen und Wind.
Und uns fehlt nur noch eine Kleinigkeit,
um so frei zu sein, wie die Vögel sind:
Nur Zeit!“

So schrieb Richard Dehmel (1863–1920) in dem berühmten Gedicht „Der Arbeitermann“, das begeistert von der Arbeiterschaft aufgenommen und oft auf Maiveranstaltungen vorgetragen wurde. Und wenn es in der letzten Strophe dieses Gedichts heißt: „Nur Zeit! Wir wittern Morgenwind, wir Volk“, dann traf das genau die Stimmung in der Arbeiterschaft der damaligen Zeit.

Aber es war mehr als die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag, die den Maifeiertag ins Leben rief. Ein Gedicht von Rudolf Lavant, das 1898 in der satirischen Zeitschrift „Der wahre Jakob“ erschien, spricht es deutlich und mit erschreckender Aktualität aus:

„Wir fordern nicht bloß den Achtstundentag,
der kommen wird, wann er auch kommen mag,
ob willig nun, ob murrend nur beschieden:
Von Millionen rollt am ersten Mai
empor zum Himmel der Erlösungsschrei
nach Völkerfreiheit und nach Völkerfrieden.“

Der 1. Mai war von Anbeginn ein internationaler Feier- und Demonstrationstag für Frieden und Freiheit. Über die Ländergrenzen hinweg reichten sich die Arbeiter die Hände und bekundeten eine weltweite Solidarität. Im „Maigesang“ des Arbeiterdichters Ernst Preczang (1870–1949) heißt es:

„Vogel singt: Frei ist die Welt.
Grenze hemmt mich nicht und Zügel.
Fahre über Stadt und Feld
leicht auf sonnenbestrahltem Flügel.
Welsches Land und Deutsches Reich
blühen friedlich mir zu Füßen.
Alle Länder will ich grüßen,
alle sind mir lieb und gleich . . .“

Und Gerrit Engelke (1890–1918) gab diesem Verlangen die Worte:

„Menschen, Menschen alle, streckt
die Hände
über Meere, Wälder in die Welt zur
Einigkeit!
Daß sich Herz zu Herzen wende:
Neue Zeit!“

Stahl auch in der Welt von morgen

Zur öffentlichen Vorstandssitzung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie

Auch die Welt von morgen wird vor allem aus Stahl gebaut werden – unter diesem in die Zukunft weisenden und von Zuversicht zeugendem Motto stand die öffentliche Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, zu der am 21. April 1964 Vertreter der stahlverarbeitenden Industrie, des Handels und der Presse geladen waren.

Immer mehr Kundendienst je Kilogramm Stahl

Allerdings werde es notwendig sein, betonte Dr. Sohl, der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung, daß künftig „immer mehr Kunden-

dienst je Kilogramm Stahl“ geleistet werde, so daß die Kundschaft über viele heute noch ungenutzte Eigenschaften des Stahls unterrichtet werde und alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen lerne.

In diesem Zusammenhang nahm Dr. Sohl auch auf Hoesch Bezug, als er erklärte, daß er sich über „die Schrittmacherdienste eines Mitgliedswerkes“ bei der Konstruktion und der geplanten Fließbandproduktion von Stahlfertighäusern besonders freue. Neben der Aufgabe, neue Anwendungsbereiche für den Stahl zu finden, dürften aber auch nicht die Entwicklung neuer Methoden der Verkaufspolitik, des Kontaktes und des Kundendienstes vernachlässigt werden. So sei in diesen Tagen das gemeinsame Stahlzeichen eingeführt worden – der äußere Anlaß für diese Sitzung –, das seit einigen Tagen in vielen Zeitungen für deutschen Stahl werbe.

Der wachsende Einfluß des Verbrauchers

Bei der Aufgabe, die Nachfrage nach Stahl zu wecken, müsse aber auch die Frage interessieren, wer überhaupt das letzte Wort bei der Entscheidung zu sprechen habe, welcher Werkstoff denn im Einzelfall verwendet werde. Seien

es die Architekten, die Konstrukteure, die Verarbeiter – oder fälle vor allem der Endverbraucher dieses Urteil? Gewiß habe in vielen Fällen der Konstrukteur und Produzent den größten Einfluß auf die Auswahl des Werkstoffes. Aber auch sie hingen letzten Endes von den Wünschen der Endverbraucher ab. Denn eines beobachteten wir doch überall: Der Einfluß des Verbrauchers auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung nehme immer mehr zu. Das bedeute, daß die Eisen- und Stahlindustrie nicht nur bestimmte Personengruppen ansprechen könne. So genügten Werbung und Beratung der Fachleute und Stahlverarbeiter allein nicht. Die Stahlerzeuger müßten sich an alle Gruppen wenden – vom Erzeuger bis hin zum Endverbraucher.

Aus dem Alltag der Stahlverwendung

Dr. Sohl sagte wörtlich: „Wir müssen unsere Position ganz nüchtern erkennen. Bei Licht besehen, ist es doch wohl so: Genaugenommen verlangt der Markt gar nicht Stahl an sich. Er braucht das jeweils richtige Material mit ganz bestimmten Gebrauchseigenschaften. Der Architekt sucht für sein Bauvorhaben nicht eine bestimmte Stahlsorte. Er – und das gilt wohl für

  DAS ZEICHEN
FÜR DEUTSCHEN
     STAHL 



▲ In einer öffentlichen Vorstandssitzung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie erklärte ihr Vorsitzender, Dr. Hans-Günther Sohl, daß künftig „immer mehr Kundendienst je Kilogramm Stahl“ geleistet werden müsse, um die Kunden über viele noch unausgeschöpfte gute Eigenschaften des Stahls zu unterrichten

die Mehrzahl der Stahlverwender – fragt nur nach dem Material, das einen ganz bestimmten Zweck erfüllt. So denkt er beispielsweise an die statischen Eigenschaften der verschiedenen Baustoffe und kommt zum Stahl, weil er damit besonders hoch bauen kann.“

Dr. Sohl führte noch ein anderes Konstruktionsprinzip unserer Zeit an, dem der Stahl besonders entgegenkommt – den Leichtbau. Der Leichtbau sei von der Flugtechnik ausgegangen, habe dann den Fahrzeug-, Apparate- und Maschinenbau erfaßt und gelte heute für alle Gebiete des Bauwesens und besonders für den Brückenbau. So habe die alte Köln-Mülheimer-Brücke ein Stahlgewicht von nahezu 15000 Tonnen gehabt; bei der neuen sei es auf etwa 8000 Tonnen gesenkt worden.

Stahl – der billigste aller metallischen Werkstoffe

Dr. Sohl betonte, daß gerade beim Leichtbau das Ende der weiteren technischen Entwicklung noch nicht abzusehen sei. Das Bestreben, die Gewichte weiter zu senken, bringe immer neue dünnere Bauteile auf den Markt. Die zunehmende Verwendung von Kaltprofilen, geschweißten Blechkonstruktionen und dünnwandigen Konstruktionsrohren seien ebenfalls Beispiele für diese Entwicklung. Die Formbeständigkeit und die Stabilität unseres Werkstoffs böten hier also ständig neue Chancen. In diesen Eigenschaften werde Stahl von keinem anderen technischen Baustoff übertroffen. Auch auf anderen Gebieten würden an die Eigenschaften des Stahls immer neue Anforderungen gestellt. Da man Stahl sehr günstig verformen und schweißen könne, eigne er sich hervorragend für eine industrielle Fertigung in großer Serie. Dies wiederum habe dazu beigetragen, daß sich zum Beispiel das Automobil vom Luxusgegenstand zum Massengut habe entwickeln können. Doch abgesehen von den technischen Eigenschaften sei von ganz besonderer Bedeutung, daß Stahl der billigste aller

metallischen Werkstoffe sei. Das gelte, bezogen auf das Gewicht, auf das Volumen und vor allem auch auf die Statik.

Dr. Sohl schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Märkte erschließen heißt über Märkte nachdenken. Vor Jahren kannten wir auch noch keine Flugzeug- und Fahrzeugturbinen, Raketen oder Atomreaktoren. Oder denken Sie an die Pipelines zur Bewältigung schwieriger Transportaufgaben. All das ist heute aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenken. Das Phantasieprodukt von heute kann also ein neuer Markt von morgen sein. In den Unternehmensleitungen muß deshalb immer wieder darüber nachgedacht werden: Wann haben wir zum letztenmal eine wirkliche Neuerung auf den Markt gebracht? Sichere Märkte gibt es nicht mehr. Wir müssen ständig neue schaffen.“

47 v. H. Autos aller Welt kommen aus Europa

Nach Dr. Sohl ergriff Professor Dr.-Ing. E. h. Nordhoff, Vorstandsvorsitzter der Volkswagenwerk AG, das Wort. Er erinnerte eingangs, daß die deutsche Automobilindustrie vor dem Kriege an einem Punkt der Entwicklung gestanden habe, an dem eine Tagesproduktion von 300 oder gar 400 Automobilen als Rekordleistung bewundert worden sei. Lange bevor solche Zahlen erreicht worden seien, habe die Verwendung von Stahlblech, Tiefziehblech für Karosserien begonnen, und als die ersten echten Ganzstahl-Karosserien mit Stahldach hergestellt worden seien – in Deutschland früher als irgendwo sonst in der Welt –, da habe es in Deutschland noch kein Tiefziehblech gegeben, es sei vielmehr aus USA gekommen. „Ich habe es noch selbst erlebt, wie an den Pressen die Beauftragten der Lieferfirmen standen, die für jedes gerissene Blech an Ort und Stelle von einem Block eine Gutschriftsanzeige abrissen – so streng waren damals die Bräuche.“

Die Technik habe seitdem auf allen Gebieten außerordentliche Fortschritte gemacht. Leistungen seien erreicht worden, von denen man früher nicht einmal geträumt hätte. Die deutsche Automobilindustrie führe in Europa, und die Zahlen, in denen wir heute dächten, überschritten das Zehnfache der früheren, und doch sei die Entwicklung noch an keinem Endpunkt angelangt.

Professor Dr. Nordhoff stellte fest: „Der Anteil europäischer Automobile an der Welterzeugung ist von etwa 10 v. H. vor dem Kriege im vergangenen Jahr auf 47 v. H. gestiegen. Das bedeutet, daß bei einem echten europäischen Zusammenschluß, von dem wir allerdings noch sehr weit entfernt sind, einer der amerikanischen ähnlichen Konsumkraft zumindest auf dem Automobilgebiet eine gleichwertige Produktionskraft gegenübergestellt werden könnte. Sie werden verstehen, wenn ich dies alles bewußt durch die Brille des Automobilmannes ansehe, absichtlich, denn nur so kann ich erklären, daß es die Zusammenarbeit von Stahlindustrie und Automobilindustrie gewesen ist, die an der Wiege dieser Entwicklung stand und die bis heute tonangebend gewesen ist... Steigenden Ansprüchen wurden steigende Leistungen gegenübergestellt, und so ist heute in gemeinsamer Arbeit ein Qualitätsniveau gefunden, das als außerordentlich bezeichnet werden muß, so daß uns als Verarbeitern kein Tiefziehblech der Welt lieber ist als das der deutschen Walzwerke.“

Stahl hilft Leben retten

Professor Nordhoff stellte dann fest, daß in den fast acht Millionen Automobilen, die die Stra-



▲ Professor Dr. Heinrich Nordhoff, Vorstandsvorsitzter der Volkswagenwerk AG, erinnerte an die seit je voneinander abhängige Entwicklung der Automobil- und der Stahlindustrie, die heute beide Wirtschaftszweige untrennbar aufeinander anweise und verbinde

ßen der Bundesrepublik bevölkern, etwa sechs Millionen Tonnen Stahl unterwegs seien – eine auch für die Stahlerzeuger stolze Zahl. „Wir als Verarbeiter wissen sehr wohl, was wir dem Stahl schuldig sind – der Automobilfahrer weiß das viel weniger genau, und es ist sicher gut, etwas zu tun, um den Begriff Stahl noch mehr in die Breite zu tragen.“ Immer von neuem gelte es, den Vorsprung und den Vorteil des Stahls zu wahren und zu mehren. Diese Vorteile lägen, von der Verarbeitung ganz abgesehen, in der äußerst guten Reparierbarkeit, aber ganz besonders auch in dem weniger bekannten Begriff der „Arbeitsaufnahme“, die bei Unfällen viel Stoßenergie schlucke und eindeutig ein Lebensretter sein könne. Es werde nicht leicht ein Material geben, das in dieser Eigenschaft ein gutes Tiefziehblech übertreffe.

Vertrauensvolle Freunde bleiben

Professor Nordhoff betonte in seinen abschließenden Worten noch einmal die Abhängigkeit von Stahl und Auto. „Es lag mir daran, die unlösbare Verbindung von Stahlindustrie und Automobilindustrie deutlich zu machen. Die Automobilindustrie ist eine labile und oft auch eine nervöse Industrie, bei der der naheliegende Wunsch nach Konstanz besonders wenig Erfüllung findet. Man kann darüber klagen, man muß es aber nicht, und in jedem Fall ändert man damit nichts. Mein Bemühen ist es gewesen und wird es bleiben, diese Instabilität nicht weiterzugeben, sondern sehr früh schon durch langfristige Bindungen mit einer gewissen Konstanz auszustatten, was gar nicht dazu neigt. Aber es scheint mir in dieser Welt der hektischen und oft ganz unlogischen Entwicklungen besonders wichtig zu sein und zweifellos eine der großen Unternehmerraufgaben, Stetigkeit für unsere Unternehmen und für die von uns geschaffenen Arbeitsplätze zu erreichen. Es ist klar, daß wir dafür elastisch sein müssen, aber es ist auch klar, daß wir dafür vertrauensvolle Freunde brauchen, die wir uns auch in Zukunft sein wollen.“

Zehn Jahre „Stiftung Mitbestimmung“

Am 1. Mai dieses Jahres konnte die „Stiftung Mitbestimmung“ auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Die Stiftung ist ein Werk des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der in ihm vereinten Gewerkschaften. Ihre Quelle und ihr Fundament ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, denn die Mittel dieser Stiftung werden von den Vertretern der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsorganen aufgebracht. Diese Mittel helfen seit nunmehr zehn Jahren, folgende Aufgaben zu erfüllen:

das Studium begabter Arbeitnehmer und begabter Kinder von Arbeitnehmern zu fördern, bedürftige, invalide Arbeitnehmer zu betreuen

und wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet der Mitbestimmung zu fördern.

Das Spendenaufkommen betrug im Jahr 1963 1,4 Millionen DM und war damit um 200000 DM höher als im vergangenen Jahr. Gegenwärtig fördert die Stiftung rund 650 Studierende an verschiedenen Bildungseinrichtungen. Bis Ende 1963 konnte die Stiftung an den gemeinnützigen Verein „Bergmannserholungswerk e. V.“ beinahe 1,2 Millionen Mark abführen und damit 20000 invaliden Bergleuten einen kostenlosen Erholungsurlaub ermöglichen. Die Gesamtaufwendungen der Stiftung für die Wissenschaftsförderung betrugen rund 875000 DM.

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Stiftung Mitbestimmung, die am 4. Mai 1964 im Düsseldorfer Haus der Wissenschaften stattfand, übersandte Bundesratspräsident Dr. Diederichs als Vertreter des Bundespräsidenten ein Grußwort, in dem es heißt: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Montanindustrie ist um so wirkungsvoller, je gründlicher die von den Gewerkschaften in die Aufsichtsräte und in die Vorstände entsandten Mitglieder durch eine entsprechende Vorbildung auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Darüber hinaus liegt es im Interesse des ganzen Volkes, daß den Begabten aus allen Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit zu einem Studium in höheren Fachschulen gegeben wird. Jeder, der dazu beiträgt, diesem Ziel näher zu kommen, festigt den sozialen Frieden, fördert den Leistungsstand unseres Volkes und stärkt seine wirtschaftliche Stellung innerhalb der führenden Industrienationen. Den Dank für die geleistete Arbeit verbinde ich mit der Hoffnung, daß die Stiftung zum Wohle unseres Volkes wirken möge.“

Auch Hermann Höcherl, Bundesminister des Innern, telegraphierte seine besten Wünsche, wünschte der Stiftung Mitbestimmung guten Erfolg in der künftigen Arbeit und sagte seine weitere Hilfsbereitschaft zu.

Professor Paul Mikat, Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, überbrachte die Glückwünsche der Landesregierung. Er sagte: „Wenn eine Zeit Hochbegabtenförderung nötig hatte, dann unsere ... Es ist das Verdienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes, frühzeitig diese Aufgabe der Hochbegabtenförderung, die nicht nur im Interesse der Gewerkschaften, sondern – wie jede dieser Aufgaben – im Interesse der Gesamtheit des Volkes liegt, erkannt und die Stiftung Mitbestimmung ins Leben gerufen zu haben. Dafür gilt wirklich unser Dank.“ Am selben Vormittag hatte Professor Mikat Heinrich Sträter, dem Vorsitzenden der Stiftung Mitbestimmung, im Namen des Bundespräsidenten das Große Bundesverdienstkreuz überreicht.



▲ Bei der Zehnjahresfeier der Stiftung Mitbestimmung überbrachte Professor Paul Mikat, Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, die Glückwünsche der Landesregierung, nachdem er zuvor Heinrich Sträter, den Vorsitzenden der Stiftung Mitbestimmung, im Namen des Bundespräsidenten das Große Bundesverdienstkreuz überreicht hatte



▲ Heinrich Sträter, der Vorsitzende der Stiftung Mitbestimmung und mit dem Großen Bundesverdienstkreuz Ausgezeichnete, war von 1950 bis 1958 Vorstandsmitglied der IG Metall. Er gehörte dem Bundestag von 1953 bis 1961 und dem Landtag Nordrhein-Westfalens von 1947 bis 1954 an. Der Zweilundsiebzigjährige, der in Soest geboren wurde und gelernter Schlosser ist, lebt in Dortmund

Die „Dinge des Geistes“ – Aufgaben der Gewerkschaften

Nach dem Grußwort Professor Mikats hielt Bundestagsvizepräsident Professor Dr. Carlo



▲ Bundestagsvizepräsident Professor Dr. Carlo Schmid hielt den Festvortrag, in dem er über die Aufgaben von Ausbildung, Erziehung und Bildung in der Gegenwart sprach



▲ Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß jedem Befähigten ermöglicht werden müsse, seine Begabung zum Wohl der Gesamtheit zu nutzen

Schmid den Festvortrag, den er mit den Worten einleitete: „Die heutige Feier dient dem Gedenken einer vaterländischen Tat der deutschen Arbeiterbewegung.“

Durch die Stiftung Mitbestimmung habe die Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht nur als ihre Aufgabe betrachte, die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, sondern daß ihr die „Dinge des Geistes“ in besonderem Maße am Herzen lägen. „Es zeigt sich darin ein Weiteres, nämlich, daß begriffen worden ist, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft nicht nur als ein Stück sozialpolitischer oder wirtschaftspolitischer Ordnung gilt, sondern in erster Linie als ein Element unserer demokratischen Verfassungswirklichkeit angesehen werden muß, als einer der Orte, an denen sich der Umschlag vom Untertanen in den Bürger vollzogen hat, denn das ist der eigentliche Sinn dessen, was die Väter des Mitbestimmungsrechtes erstrebten: Der Arbeiter und Angestellte sollte nicht nur auf dem Feld der Politik Bürger sein. Und Bürger sein heißt: jemand sein, der seine Lebensordnungen bestimmt und verantwortet. Aus diesem Geiste heraus wurde die Stiftung Mitbestimmung geschaffen. Sie will hochbegabte junge Leute in den Stand setzen, zu ihrem eigenen Wohl, aber vor allem im Interesse unseres Volkes, ihre Begabungen auf den Schulen auszubilden, die diese Begabungen am vollkommensten entwickeln können.“

Gesellschaft und Staat vermenschlichen

Bildung sei allerdings nicht von Politik zu trennen. Erst wenn beide in einem wechselseitigen Verhältnis stünden, entstehe eine „lebenspendende Kultur“. „Bildung und Kultur geschehen nicht an und für sich, sie geschehen im gesellschaftlichen Raume und wirken auf diesen Raum ein. Es gibt nicht die Kultur schlechthin, es gibt nicht die Bildung schlechthin, sondern immer nur Kulturen und Bildung einer bestimmten Zeit. So geschieht Bildung im Raum der

Gesellschaft, aber als etwas höchst Persönliches, indem sie zugleich individuell und gesellschaftlich, zugleich Anpassung und Widerstand, zugleich Erzeugendes und Erzeugnis ist . . .“

Professor Carlo Schmid erhob weiterhin die Forderung, das gegenwärtige Bildungswesen den gesellschafts- und bildungspolitischen Notwendigkeiten und Realitäten anzupassen. Darüber hinaus müsse man die Menschen in die Lage versetzen, ihre Freizeit in Muße zu verwandeln, damit sie mit ihrer Umwelt geistig und seelisch selbst fertig werden könnten. „Wenn uns dies nicht gelingt, wird aus freier Zeit leere Zeit werden, und diese leere Zeit wird ein Fluch sein.“

Doch um alle Aufgaben, die Bildung lösen hilft, zu verwirklichen, müsse jedem der Zugang zu den Bildungswegen geöffnet werden, die zu begehren er fähig sei. „Das ist keine pädagogische Frage allein, das ist eine eminent politische Frage, denn es kann der Nation nicht gleichgültig sein, woher ihre Führungsschichten kommen, und es kann ihr auch nicht gleichgültig sein, ob diese Führungsschichten rein quantitativ und qualitativ ausreichend sind. Die Nation kann es sich einfach nicht mehr leisten, Hunderttausende von Begabungen brachliegen zu lassen, nur weil die Eltern außerstande sind oder zu wenig klug sind, die Kinder rechtzeitig auf die richtige Schule zu schicken. Das muß in erster Linie geändert werden, und das kann man nur durch Stipendien machen, so wie es hier die Stiftung Mitbestimmung tut.“

Abschließend stellte Professor Carlo Schmid fest: „Man spricht so oft und so gerne von Massengesellschaft in dieser Zeit. Es gibt sogar Leute, die jede Woche wiederholen, die Gewerkschaften seien die Vermasser in unserer Zeit. Nun, Leistungen wie diese, deren Jahrestag wir heute feiern, widerlegen die Torheit. Niemand weiß besser als Sie, die Sie mir hier zuhören, daß es nie darum gehen kann, den Menschen zu vergesellschaften, sondern daß es immer darum gehen muß, Gesellschaft und Staat zu vermenschlichen.“

Seine Begabung nutzen zum Wohl der Gesamtheit

Nach Carlo Schmid ergriff Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Wort. Er wies darauf hin, daß die Stiftung Mitbestimmung ihre Mittel von den Arbeitnehmervertretern in Wirtschaftsunternehmen erhalte, die sich verpflichtet hätten, einen wesentlichen Teil ihrer Einkünfte aus dieser Tätigkeit der Stiftung zur Verfügung zu stellen. „Das ist ein Beispiel, das von den Gewerkschaften gesetzt wurde und das weitgehend darauf wartet, von anderen nachgeahmt zu werden, die zwar diese Einkünfte gern kritisieren, aber der Spendenfreudigkeit in gleicher Weise und aus eigener Tasche keineswegs gefolgt sind. So haben die Gewerkschaften eine Stiftung und ein Kapital geschaffen, die der Aufgabe dienen, begabten jungen Menschen Studium und Fortbildung zu ermöglichen und ihnen damit eine Chance zu geben, die ihnen leider der Staat und die Gemeinschaft nicht in ausreichendem Maße zu geben bereit ist.“

Mit dieser Stiftung, so sagte Rosenberg, erfüllten die Gewerkschaften zugleich einen Auftrag, den sie sich selbst seit Anbeginn gestellt hätten. Denn es sei ja Sinn und Ziel der Gewerkschaftsbewegung, nicht nur die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sondern die Grundlage für ein Leben zu schaffen, das den Menschen befähige, an der Kultur tatsächlich Anteil zu nehmen. Schon immer hätten die Gewerkschaften ein recht enges und verständnisvolles Verhältnis zum wissenschaftlichen Nachwuchs und zur Intelligenz gesucht. Deshalb stellten sie neben den aus der Stiftung Mitbestimmung zufließenden Spenden zur Förderung des Nachwuchses auch einen sehr bedeutenden Teil ihrer finanziellen Mittel für ihr großes Bildungs- und Schulungsprogramm zur Verfügung.

Ludwig Rosenberg schloß mit den Worten: „Zehn Jahre Stiftung Mitbestimmung haben bewiesen, daß es den Gewerkschaften um mehr geht als um Aufsichtsratsposten, neue Waschkauen und Eigenheime, so lieb dem einen das eine und dem anderen das andere sein mag – daß alles materielle Streben untergeordnet ist dem Ziel, jeden Menschen zu befähigen, seine Begabungen und seine Fähigkeiten zu nutzen für das Wohl der Gesamtheit und zur Bereicherung seines wahren Lebensglücks.“

MITDENKEN
IM BETRIEB

Unsere Aufsatzreihe „Menschen im Betrieb“ begann mit dem Thema „Führen ist eine Kunst“ (1/1964), dem die Aufsätze „Auch Mitarbeiten ist eine Kunst“ (2/1964), „Ein Neuer kommt“ (3/1964), „Mitarbeit ist Zusammenarbeit“ (4/1964) und „Diese Jugend heute ...!“ (5/1964) folgten. In diesem Heft setzen wir die Reihe mit einem Bericht über das Mitdenken im Betrieb fort.

Mitdenken im Betrieb?

Wenn wir einen Kühlschrank kaufen, müssen wir allerlei überlegen: Soll es einer mit oder ohne Kompressor sein? Wieviel Liter soll er fassen? Welche Ausmaße soll er haben? Soll sich die Tür nach links oder nach rechts öffnen lassen? Was dürfen wir dafür ausgeben?

Wahrscheinlich werden sich noch mehr Fragen finden, die zu bedenken wären, obwohl der Kauf eines Kühlschranks nur eine einfache Sache ist. Aber gleichgültig, ob einfache oder viel schwierigere Entscheidungen zu treffen sind – wie die Wahl eines neuen Arbeitsplatzes oder die Lehre, in die wir unsere Kinder schicken –, ständig müssen wir unseren Verstand gebrauchen, nachdenken, mitdenken.

Mitdenken und tatkräftiges Verhalten sollte man nun nicht am Betriebstor ablegen. Viele tun das zwar – nicht etwa, weil sie böswillig oder dumm sind, sondern weil sie glauben, im modernen, rationalisierten Betrieb sei Mitdenken nicht notwendig, ja sogar unmöglich. Das trifft aber nicht zu. Gerade der hochmechanisierte Betrieb braucht Mitarbeiter, die in ihrem Bereich voll bei der Sache sind und von sich aus mitdenken.

Mitdenken hilft Fehler vermeiden

Häufig wird ein Fehler erst bemerkt, wenn es zu spät ist. Dann gibt es zusätzliche Arbeit, Ärger, Zeitdruck, der sich hätte vermeiden lassen, wenn jemand mitgedacht hätte.

In einer Raffinerie werden Benzinproben entnommen und zunächst im Freien abgestellt. Diese Proben dürfen nicht der Sonne ausgesetzt sein, weil sich sonst ein Teil des Benzins verfälscht und die Untersuchungsergebnisse verfälscht werden. Als es dennoch wieder einmal geschah, erklärte der zur Rede gestellte Probennehmer: „Ich hatte die Flasche in den Schatten gestellt; daß die Sonne sich dreht – daran habe ich nicht gedacht.“

Mitdenken hilft Unfälle vermeiden

Auch hier geht es ums Mitdenken, um das schnelle Schalten, was geschehen kann – und um die zumeist kleine Mühe, die Gefahr abzuwenden.

Auf der Werksstraße liegt ein verbogenes Stück Band Eisen, das keinesfalls zu übersehen ist. Der Sicherheitsingenieur des Betriebes will feststellen, wie es um das Sicherheitsbewußtsein der Arbeiter bestellt ist, nachdem gerade in der letzten Zeit viele Stolperunfälle passiert sind. Hinter einem Fenster verborgen, wartet er etwa eineinhalb Stunden. In dieser Zeit gehen 28 Belegschaftsmitglieder achtlos an dem Eisen vorbei, fahren neun Lastwagen, elf Elektrokarren und sieben Spezialfahrzeuge um das Eisen herum. Dann endlich kommt einer, der das Eisen mit einer einzigen Handbewegung aus der Bahn räumt. Einer von 56 hat sich etwas gedacht! Zwölf der 56 Leute stellt der Sicherheitsingenieur zur Rede. Fünf wollen nichts gesehen haben, sieben meinen: „Daß da was passieren kann? Daran habe ich nicht gedacht!“

Mitdenken hilft Arbeit erleichtern

Unser Beispiel zeigt, daß auch in einem hochmechanisierten Betrieb durch Mitdenken die Arbeit weiter erleichtert werden kann. Denn auch die beste Planung ist auf den Praktiker im Betrieb angewiesen.

In einem Walzwerk der Westfalenhütte steht eine Schlitzschere, die das fertig ausgewalzte Stahlband in schmalere Streifen zerteilt. Die Messer dieser Schere müssen oft dreimal während einer Schicht gewechselt werden, weil sie stumpf geworden sind. Dazu ist es notwendig, einen Lagerbock auseinanderzufahren. Das geschah bislang mit Hilfe eines großen Handrades. Fünf Minuten lang mußte es gedreht werden. Unserem Mitarbeiter Hans Jürgen Jannusch fiel die Kurbelei unangenehm auf. Er meinte, daß das Auseinanderfahren viel zu mühselig und zeitraubend sei. Also brachte er einen Motor und einen Schaltkasten am Scherenbett an. Der Erfolg: Heute gleitet der Lagerbock auf Knopfdruck innerhalb von zwei Minuten auseinander.

► Offenen Auges mitarbeiten – das ist auch in den hochmechanisierten Betrieben der Gegenwart notwendig, wie im Siemens-Martin-Stahlwerk 3, wo diese Aufnahme des Stahlwerkers Manfred Hohensee entstand



Mitdenken hilft Zeit und Kosten sparen

Sie können natürlich fragen: Was habe ich davon, wenn das Werk Kosten spart? Sehr viel – wenn ich einsehe, daß die Belegschaft eines Betriebes nur von dem Erlös dessen leben kann, was sie produziert. Und um einen guten Erlös zu erwirtschaften, muß rationell gearbeitet und möglichst viel mitgedacht werden.

Da hat ein Kollege an der Walzstraße plötzlich gemerkt, daß es irgendwo knistert und verbrannt riecht. Der Gedanke, die Anlage stillzusetzen, ist ihm zwar durch den Kopf geschossen, aber dann hat er sich gedacht: „Ist ja schließlich nicht mein Geschäft, soll sich gefälligst der Meister drum kümmern.“ Kurz darauf stand die ganze Anlage. Die Arbeitsgruppe mußte zwei Stunden feiern, bis der Schaden behoben war, und der Produktionsausfall bedeutete für das Werk uneinholbare Zeit- und große Geldverluste.

Mitdenken – Mitarbeiten

Alle eben erzählten Beispiele sollen uns klar machen: Mitdenken bedeutet, daß man bewußt „mitarbeitet“ und setzt voraus, daß man über eine gewisse Selbständigkeit und Übersicht über seine Arbeit verfügt. Nur so kann Initiative entfaltet werden. Zum Mitdenken sind also Mitarbeiter notwendig, die selbständig und verantwortungsbewußt handeln wollen – und Vorgesetzte, die ein solches Handeln möglich machen.

Einführung und Unterweisung

Mitdenken kann nur, wer seine eigene Arbeit genau durchschaut und wer jede Einzelheit seiner Tätigkeit auch im größeren Zusammenhang sieht. Das verlangt vom Vorgesetzten, daß er seine Mitarbeiter richtig in die Arbeit einführt und sie umfassend unterweist. Umgekehrt ist vom Mitarbeiter zu erwarten, daß er seinen Vorgesetzten offen über alle Erfahrungen an seinem Arbeitsplatz verständigt. Nur wenn ein Vorgesetzter das Gefühl hat, daß ihn seine Mitarbeiter vertrauensvoll über alles unterrichten, was er nicht selbst sofort bemerken kann, wird er umgekehrt bereit sein, ihnen die Selbständigkeit zu gewähren, die sie wollen und brauchen: Vertrauen zueinander fördert die Informationsfreudigkeit, richtige und sachliche Information wiederum schafft ihrerseits Vertrauen. Beide sind die Grundlage für Selbständigkeit und Selbstbewußtsein der Mitarbeiter und damit für bereitwilliges Mitdenken.

Entscheidungsspielraum

Mitdenken setzt aber auch voraus, daß man gewöhnt und geneigt ist, eigene Erfahrungen auszuwerten. Das bedeutet vor allem, daß man als Mitarbeiter in seiner Arbeitsgestaltung einen Spielraum hat, der sich selbstverständlich nach den Erfordernissen des Arbeitsablaufs richtet, aber möglichst groß sein soll. Deshalb können und müssen wir von den Vorgesetzten erwarten, daß sie uns nicht jede, auch die kleinste Entscheidung abnehmen, sondern daß sie im Gegenteil versuchen, uns so viel freien Wirkungsbereich wie nur möglich zu geben. Auf der anderen Seite aber müssen wir einsehen, daß uns unsere Vorgesetzten Aufgaben und Befugnisse nur in dem Rahmen übertragen werden und können, in dem wir selbst eine Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung zeigen.

Urteil, Kritik, Vorschläge

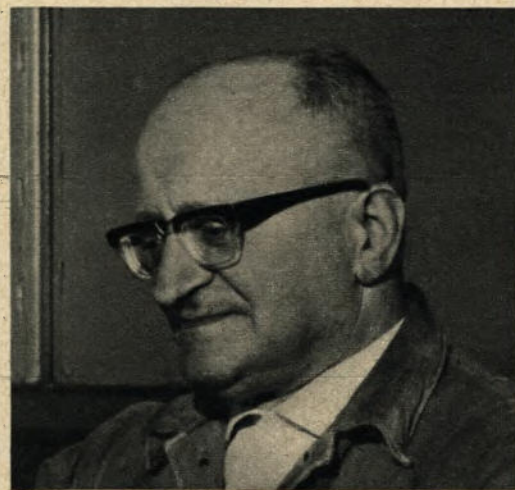
Mitdenken bedeutet auch, daß man sich ein Urteil über eine Sache bildet, daß man kritisch zu ihr Stellung nimmt, daß man Vorschläge macht. Die Mitarbeiter erwarten, daß ein Vorgesetzter ihr Urteil ernst nimmt. Andererseits müssen sie auch damit rechnen, daß die Vorgesetzten gute Gründe dafür haben können, ihr Handeln nicht nach den Vorschlägen auszurichten. Dabei dürfen sie allerdings voraussetzen, daß die Gründe dafür offen ausgesprochen werden. Wenn dies nicht geschieht, sind sie ja künftig – zumindest in diesem Zusammenhang – nicht in der Lage, weiter mitzudenken. Schließlich aber gilt: Selbst wenn wir einmal mit einem Vorgesetzten schlechte Erfahrungen machen und erleben müssen, daß ein guter Vorschlag ohne guten Grund abgelehnt wird, sollten wir diese enttäuschende Erfahrung nicht auf alle Vorgesetzten übertragen und uns in gekränktem Stolz das Mitdenken nehmen lassen.

Achtung vor dem anderen

Dem Mitarbeiter Achtung entgegenzubringen, sollte für einen Vorgesetzten selbstverständlich sein. Diese menschliche Forderung findet hier ihre sachliche Begründung, wenn der Vorgesetzte mitdenkende, eben wirkliche Mitarbeiter erwartet. Nur wer das Gefühl hat, von Kollegen und Vorgesetzten als ein Teil des Ganzen, als vollwertiger Mitarbeiter geachtet zu werden, wird einen Sinn darin finden, sich Gedanken um die Arbeit zugunsten des Ganzen zu machen.



Heinrich Wasser konnte am 4. Mai 1964 auf fünfzig Dienstjahre bei den Walzwerken in Hohenlimburg zurückblicken. 1914 begann er dort die kaufmännische Lehre. Nach zwei Jahren wechselte er in den Betrieb, ins Oeger Walzwerk, wo er als Strecker die Arbeit aufnahm. 1917 wurde er Walzer, und diesem Beruf ist er 37 Jahre treu geblieben. Von 1954 bis 1960 gehörte er schließlich einer Walzenbaukolonne an. Jetzt arbeitet er seit vier Jahren im Ersatzteillager der Kontistraße. Heinrich Wasser ist bereits über fünfzig Jahre mit dem Hohenlimburger Werk verbunden: Schon als kleiner Junge hat er seinem Vater im Kaltwalzwerk bei der Arbeit zugesehen. In der Freizeit erfreuen unseren Jubilar Reisen und Spaziergänge.



Franz Witzak beging am 11. Juni 1964 sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum bei der Westfalenhütte. Von 1914 bis 1916 lernte er in der Drahtverfeinerung, bei der er bis 1930 tätig war. Danach machte er im Drahtwalzwerk die Drahtrollen versandfertig. 1949 wurde er Vorarbeiter und damit verantwortlich für Lager und Versand. Leider mußte er diese Arbeit 1953 krankheitshalber aufgeben. Heute betreut der Jubilar die Waschkäue im Drahtwerk. Durch seinen Sohn, der als Dreher in der Drahtverfeinerung arbeitet, wird er auch nach seiner Pensionierung dem Werk verbunden bleiben. Franz Witzak, der früher Tauben gezüchtet hat, spricht noch heute gern von seinem alten Steckenpferd.

**Wir
lesen
für
Sie**

**Zum
Nach-
denken
und
zur
Kritik**

Ruhr-Nachrichten

**DGB stellt sein neues
Programm „Aktion junge
Angestellte“ vor**

Bis zum Jahre 1970 werden allein in der Bundesrepublik etwa 90 000 Menschen gebraucht, die elektronische Rechenanlagen bedienen können. Heute gibt es in der Bundesrepublik nur etwa 6000 bis 8000 ausgebildete Spezialkräfte für diesen Beruf. Bis 1970 wird sich also diese Zahl verzehnfachen. „Das ist gewiß eine Chance für junge Angestellte, aber wo und wie können sie sich entsprechend aus- und weiterbilden?“

Dies stellte Werner Hansen, Vorstandsmitglied des DGB, gestern in Dortmund in einer Pressebesprechung heraus, die anlässlich der ersten Vorstellung der neuen Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Junge Angestellte“ vor der Öffentlichkeit in Dortmund stattfand.

Von sämtlichen Lehrlingen gehen heute rund 40 v.H. in kaufmännische Berufe. Es sind etwa 22 v.H. aller männlichen Lehrlinge und 70 v.H. der weiblichen Lehrlinge. Die Berufsausbildung dieser jungen Menschen ist nach den Worten Werner Hansens verfehlt, nachdem eine im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführte Untersuchung ergeben habe, daß 18,5 v.H. der männlichen und 49,9 v.H. der weiblichen Angestellten keine kaufmännische Lehre erhalten hätten.

Diese „Berufsfremden“ seien aber auch in etwa gleichem Maße in den höheren Tarifgruppen anzutreffen. Da sie aber offensichtlich die gleichen Aufstiegschancen gehabt hätten wie die, die eine kaufmännische Berufsausbildung nachweisen konnten, bewiesen die Feststellungen zur Genüge, daß die kaufmännische Berufsausbildung veraltet sei und daß es verantwortungslos sei, die 40 v.H. der Berufsanfänger in diese Berufe zu bringen.

Als ein weiteres Beispiel der verfehlten Ausbildung bezeichnete Hansen auch die Verhältnisse an den höheren Schulen, die in der Ausbildung der mittleren und höheren Führungskräfte eine entscheidende Rolle spielen. Nach einem Bericht der OECD betrug der Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der 19-Jährigen in der Bundesrepublik 5,6 v.H. In Schweden, Norwegen, den Niederlanden, Belgien und Frankreich sei er doppelt so hoch.

Damit zeichne sich für die Bundesrepublik ein Entwicklungsnotstand ab, dem schnellstens abgeholfen werden müsse. Auch die Wirtschaftsfachschulen, von denen in der jüngsten Zeit allein in Nordrhein-Westfalen drei neu errichtet wurden, gehörten zu den

wichtigsten Bestandteilen der kaufmännischen Weiterbildung. Sie seien ein wichtiges Glied im zweiten Bildungsweg der Kaufleute.

Abschließend wies Hansen auf die vom DGB geleistete Vorarbeit hin. So habe der DGB vor rund zehn Jahren sein Berufsbildungswerk gegründet. Auch habe er in der letzten Zeit neue Lehrgänge ins Leben gerufen, die sowohl dem Techniker das notwendige kaufmännische Wissen vermitteln, wie auch den kaufmännischen Angestellten mit technischen Kenntnissen vertraut machen sollen. Auch der Berufsleistungsvergleich sei ein Beispiel für die Bemühungen des DGB um eine Verbesserung der Berufsausbildung.

„Ruhrnachrichten“
vom 12. März 1964

wir

Kumpel – ja oder nein?

In der Werkzeitschrift WIR erschien folgender Brief, in dem ein Bergmann seine Ansicht über die Anrede „Kumpel“ mitteilt:

„Es wird in den letzten Jahren wohl kein Wort so oft gebraucht oder mißbraucht wie das Wort ‚Kumpel‘. Ein jeder, der sich berufen fühlt, etwas über den Bergbau oder den Bergmann zu reden oder zu schreiben, gebraucht dieses Wort bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Dem Bergmann wird damit kein Gefallen erwiesen, denn er liebt das Wort nicht aus dem Munde eines Bergbaufremden.“

Vor einiger Zeit hörte ich einen Vortrag im Rundfunk, den ein Wissenschaftler eines Forschungsinstitutes hielt. In dem ungefähr zehn Minuten dauernden Referat gebrauchte er das Wort ‚Kumpel‘ mindestens zwanzigmal. Da ging einem alten Bergmann ‚der Hut hoch‘. Ich habe den Vortragenden in einem Brief darauf aufmerksam gemacht und meine Gründe dafür genannt. Er schrieb mir zurück, daß er sich auch als Bergmann fühle, da er ein Jahr lang im Bergbau praktisch gearbeitet habe.

Wenn ich richtig unterrichtet bin, dann sind sich die Sprachforscher noch gar nicht darüber klar, woher das Wort ‚Kumpel‘ eigentlich kommt und was es wirklich bedeutet. Ich bin ein alter Bergmann und ein Bergmannssohn, und ich wußte mit zwölf Jahren schon, was ein Kumpel ist. Früher wurde im Bergbau meist in zwei Schichten gearbeitet, in der Morgen- und Mittagsschicht. Wenn da ein Bergmann von seinem Mithauer oder Lehrhauer erzählte, dann sprach er von seinem Kameraden, sprach er aber von seinem Kumpel, dann meinte er die Kameraden von der Gegenschicht. Meiner Meinung nach ist dies so zu erklären: Wenn in einem Betriebspunkt in zwei oder drei Schichten gearbeitet wird, so ist dies eine Gemeinschaft oder eine Gesellschaft, und Gesellschaftler werden Kompagnon genannt. Hier an der Ruhr, wo die Wiege des Bergbaus gestanden hat, wurde früher ausschließlich plattdeutsch gesprochen. Und im Plattdeutschen sagt man nicht Kompagnon, sondern Kumpeljong oder Kumpeljung. Hieraus hat sich sicher das Wort Kumpel entwickelt; denn von Kumpeljong

bis Kumpel ist es nicht weit. Wenn die Bergleute miteinander sprechen, so nennen sie sich im allgemeinen beim Vornamen, wenn sie sich mit ‚Kumpel‘ anreden, ist das meist scherzhaft gemeint. Die jungen, hier zugezogenen Bergleute werden sich über das Wort ‚Kumpel‘ den Kopf nicht zerbrechen, denn sie wissen es nicht anders, aber die alten Bergleute sollten sich energisch dagegen wehren, wenn jeder x-beliebige sie mit ‚Kumpel‘ anredet.“

WIR, Heft 1/1964
Werkzeitschrift der Rheinische
Bergbau AG und der Carolinen-
glück-Graf Moltke Bergbau AG

Darmstädter Studienkreis

Bildung in der Statistik

In einer Repräsentativ-Erhebung der DIVO im Bundesgebiet und West-Berlin Ende 1963 wurde das Problem aufgeworfen: Was halten die Bundesbürger vom Bildungsstand in der Bundesrepublik?

Auf die Frage: „Was sollte man nach Ihrer Meinung alles tun, um in der Bundesrepublik den allgemeinen Bildungsstand der Bevölkerung zu heben?“ ergaben sich folgende Ergebnisse:

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (77 v.H.) schlägt die Schaffung von besseren und moderneren, den Anforderungen des technisierten Zeitalters entsprechenden Bildungseinrichtungen vor und verlangt eine Förderung der Begabten in den mittleren Einkommens- und Bildungsschichten. 11 v.H. stimmten speziell für eine Förderung der Erwachsenenbildung durch Spezialkurse.

Etwas mehr als ein Viertel (27 v.H.) der Befragten waren der Ansicht, daß in Westdeutschland nicht jeder die Möglichkeit habe, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden. Als Ursache für die ungleichen Bildungschancen werden hauptsächlich finanzielle Gründe angeführt.

Wie sieht es aber in der Praxis aus? Von 22 Millionen Berufstätigen nehmen in Westdeutschland und Berlin etwa 1 v.H. an einem Fernlehrgang teil (Ergebnis einer Allensbacher Untersuchung), wobei die Teilnehmer, die bereits Lehrgänge absolviert haben, einbezogen sind. In Schweden sind es dagegen 7 v.H. der 25- bis 45-jährigen, die ein nebenberufliches Studium abgeschlossen haben. Auch in den Niederlanden, den USA und den Ostblockstaaten sind die Prozentzahlen wesentlich höher.

Setzt man diese Zahlen mit dem Ergebnis der DIVO-Erhebung (11 v.H. sind für eine Erwachsenenbildung durch Speziallehrgänge) in ein Verhältnis mit den tatsächlichen Teilnehmerzahlen am Fern- und Kombistudium, so klafft eine breite Lücke in der Erwachsenenbildung.

Hier liegt der Ansatzpunkt der verantwortungsbewußten Institute, die Begabtenreserve anzusprechen – hier liegt es aber auch an den Berufstätigen selbst, von sich aus alles zu tun, um den Anschluß nicht zu verpassen.

Helmuth Mroczek

„Darmstädter Studienkreis“
Heft 4/1964

**Vor zehn Jahren
berichtete**



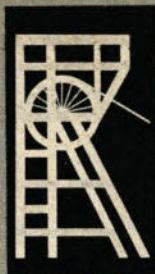
Am 3. März 1954 wurde auf dem Gelände der Westfalenhütte der erste Spatenstich zu unserer neuen kontinuierlichen Halbzeugstraße getan. Der Leiter der Neubauabteilung, von der Warth, berichtete in Heft 6/1954 über die baulichen Vorbereitungen und den Stand der Arbeiten.

Westfalenhütte baut Halbzeugstraße

Für dieses moderne Walzwerk mit zwölf Walzgerüsten, die in zwei Gruppen kontinuierlich angeordnet sind, müssen drei neue Eisenkonstruktionshallen und zwei Hoßkranbahnen, die eine Grundfläche von etwa 27 000 Quadratmeter bestreichen, errichtet werden. Um den Platz für die Neuanlage freizumachen, mußten vorher eine neue Walzendreherei und ein Walzenlagerplatz an der Albertstraße gebaut, das Trägerlager mit seinen Einrichtungen und die Fahrbahnen der Verladebrücken nach Süden verlegt, sowie das Blechwalzwerk I/II mit allen Nebenanlagen abgebrochen werden. Nach schwierigen Vorarbeiten, wie Änderungen an den alten Warmbetten und Kranbahnen des Walzwerks I, Gleisverlegungen und Unterfangungen, Verkürzung der alten Walzendreherei usw., erfolgte am 3. März 1954 der erste Spatenstich. Es ist unser Ziel, die neue Anlage ein Jahr später dem Betrieb zu übergeben.

Die Fundamentierungsarbeiten sowie die Montage der Hallenkonstruktionen des ersten Bauabschnitts waren sehr schwierig, da die Abfuhr der Produktion des Walzwerks I, die Rohstoffversorgung und der Versand des Blechwalzwerkes I/II sowie die Bedienung der alten Walzendreherei bei engsten Platzverhältnissen über die Baustelle erfolgen mußten. Trotzdem wurde bereits am 14. März 1954 die Montage des nördlichen Teiles der Hallen begonnen. Durch den Einsatz von zwei amerikanischen Autokranen gelang es, in zehn Tagen 600 Tonnen Hallenkonstruktionen aufzustellen. Eine Hauptschwierigkeit war, bei den engen Platzverhältnissen den Walzwerks- und Eisenbahnbetrieb aufrechtzuerhalten und die schweren Konstruktionsteile, darunter zwei Kranbahnträger von 36 Meter Länge und 3,80 Meter Höhe im Gewicht von je 44 Tonnen, über die in Betrieb befindlichen Warmbetten, Rollgänge, Hochläufe und Gleisanlagen zu ziehen.

Die Baugeräte dienten, nachdem der erste Bauabschnitt montiert war, auch zum Abbruch des Blechwalzwerkes. Das Blechwalzwerk wurde am 1. April um 6 Uhr stillgelegt. In der gleichen Stunde setzten die Demontearbeiten ein, während die Verladung der zuletzt gewalzten Bleche noch bis zum 4. April dauerte. Der Abbruch des Blechwalzwerkes wurde, wie vorgesehen, bis 30. April beendet. In der Zwischenzeit waren südlich des Blechwalzwerkes nach schrittweiser Räumung des Trägerlagers die Stützfundamente für die Hallen des zweiten Bauabschnittes so weit gediehen, daß am 3. Mai mit Hilfe der amerikanischen Autokrane die Montage des südlichen Hallenkomplexes begann. Vier Wochen später war die Montage dieser rund 1500 Tonnen Eisenkonstruktion durchgeführt.



Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe. HEINRICH LÜBKE

50

Hoesch AG Westfalenhütte

- 11. 6. 1964 Franz Witzak, Vorarbeiter
- 16. 6. 1964 Otto Bromund, Vorarbeiter

40

Hoesch AG Bergbau

- 10. 6. 1964 Otto Winter, Angestellter Verwaltung
- 13. 6. 1964 Albert Wittenberg, Wohnungsverwalter Verwaltung
- 14. 6. 1964 Heinrich Wissen, Hauer Schachtanlage Emil-Emscher
- 17. 6. 1964 Hans Barkowski, Hauer Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 17. 6. 1964 Willi Graumann, Lokführer Schachtanlage Kaiserstuhl
- 17. 6. 1964 Eduard Stoellger, Vorarbeiter Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 24. 6. 1964 Josef Hein, Hauer Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 24. 6. 1964 Josef Lohkämper, Wächter Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 25. 6. 1964 Paul Lamkowski, Hauer Schachtanlage Radbod
- 27. 6. 1964 Emil Mai, Brückenkontrolleur Schachtanlage Kaiserstuhl

Hoesch AG Westfalenhütte

- 1. 6. 1964 Ewald Kniephoff, Vorarbeiter
- 12. 6. 1964 Johann Lehmann, Maurer
- 13. 6. 1964 August Berlin, Walzwerker
- 13. 6. 1964 Walter Kranefeld, Vertreter
- 13. 6. 1964 Otto Krup, Kolonnenführer
- 17. 6. 1964 Emil Gaerner, Waschkauenwärter
- 18. 6. 1964 Martin Schönfeld, Obermeister

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

- 19. 6. 1964 Ewald Schweinsberg, Meister

Schmiedag AG

- 19. 6. 1964 Willi Flasnöcker, Meister
- 20. 6. 1964 Emil Koch, Kalkulator

Maschinenfabrik Deutschland AG

- 10. 6. 1964 Bernhard Kleine, Meister
- 17. 6. 1964 Richard Grone, Kalkulator

Schwinn AG

- 27. 6. 1964 Friedrich Herz, Hammerführer

Hoesch Hammerwerk Ruegenberg GmbH

- 24. 6. 1964 Josef Püttmann, Hammerschmied

25

Hoesch AG Bergbau

- 1. 6. 1964 Johann Nohendorf, Schmied Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 2. 6. 1964 Karl Knorr, Vorarbeiter Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 5. 6. 1964 Hans-Erich Welprecht, Hauer Schachtanlage Radbod
- 6. 6. 1964 Wilhelm Zinke, Lehrhauer Schachtanlage Kaiserstuhl
- 7. 6. 1964 Walter Steininger, Elektriker Kokerei Radbod
- 9. 6. 1964 Heinrich Seelmeyer, Angestellter Schachtanlage Kaiserstuhl
- 16. 6. 1964 Walter Söpper, Hauer Schachtanlage Kaiserstuhl
- 17. 6. 1964 Johann Hensel, Hauer Kokerei Kaiserstuhl
- 18. 6. 1964 Walter Lasarz, Hauer Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 19. 6. 1964 Fritz Radschun, Bauhilfsarbeiter Schachtanlage Emil-Emscher
- 19. 6. 1964 Wilhelm Stillers, Hauer Schachtanlage Radbod
- 20. 6. 1964 Wilhelm Trawny, Anlernhauer Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 21. 6. 1964 Rudi Gottschalk, Transportarbeiter Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 21. 6. 1964 Erwin Walter, Lokführer Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 21. 6. 1964 Wilhelm Stoffers, Hauer Schachtanlage Fritz-Heinrich

- 21. 6. 1964 Johann Rattey, Hauer Schachtanlage Kaiserstuhl
- 25. 6. 1964 Friedrich Grabowski, Hauer Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 27. 6. 1964 Karl Reimann, Schmierer Schachtanlage Fritz-Heinrich
- 30. 6. 1964 Heinrich Sonntag, Hauer Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 30. 6. 1964 Robert Hülsen, Hauer Schachtanlage Kaiserstuhl

Hoesch AG Westfalenhütte

- 1. 6. 1964 Birkheuser, Kläre, Krankenschwester
- 1. 6. 1964 Hans Dorobiala, Programmierer
- 1. 6. 1964 Fritz Schriek, Sachbearbeiter
- 2. 6. 1964 Max Hinz, Kontrollsortierer
- 6. 6. 1964 Franz Ibel, Kranführer
- 6. 6. 1964 Anton Rutkowski, Pfortner
- 7. 6. 1964 Bernhard Sökefeld, Schlosser
- 8. 6. 1964 Gustav Koch, Sachbearbeiter
- 8. 6. 1964 Otto Sonnenberg, 1. Ofenmann
- 9. 6. 1964 Anton Thöne, Verloader
- 19. 6. 1964 Heinz Gigler, Kranführer
- 19. 6. 1964 Edmund Manka, Kesselwärter
- 26. 6. 1964 Louis Ebert, Kranführer
- 27. 6. 1964 Ernst Strohmiedel, Verloader
- 27. 6. 1964 Willi Strohmiedel, Granulierer
- 28. 6. 1964 Kurt Soppa, Sachbearbeiter

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

- 13. 6. 1964 Erich Borek, Walzenleger
- 14. 6. 1964 Stefan Hessel, Federnarbeiter

Schmiedag AG

- 15. 6. 1964 Friedhelm Wiemer, Rohrschlosser

Maschinenfabrik Deutschland AG

- 16. 6. 1964 Rudolf Walter, Kauenwärter

Warum es den Suezkanal gibt

"Kannst du mir etwas über die Bedeutung des Suezkanals sagen?" fragte meine Frau und legte die Zeitung aus der Hand. „Man liest so oft etwas darüber, weil's in der Gegend dauernd kriselt.“

„Ich will dir die Zusammenhänge gerne erklären“, sagte ich, steckte mir eine Zigarette an und setzte mich in die Sofaecke. „Der Suezkanal wurde im Jahre achtzehnhundertundetwas gebaut“, begann ich. „Oder war es siebzehnhundert- und einiges? Na, ist ja auch egal. Jedenfalls wurde er gebaut.“

„Das habe ich verstanden“, meinte meine Frau.

„Der Erbauer war ein Franzose“, fuhr ich fort, ohne mich von ihrem spöttischen Ton beirren zu lassen. „Ein französischer Ingenieur namens Ferdinand Suez.“

„Ich dachte immer, Suez sei eine Stadt.“

„Ich überlegte einen Augenblick. Auch mir schlen es so, als träfe meine Behauptung nicht ganz zu, aber ich wußte nicht, woran es liegen konnte.“

„Es ist möglich, daß es auch eine Stadt namens Suez gibt“, räumte ich ein, „aber das ist kein Grund, weshalb nicht auch der französische Ingenieur so heißen soll.“

„Das hört sich merkwürdig an!“

„Das ist gar nicht merkwürdig“, erwiderte ich ärgerlich. „Ich hatte zum Beispiel während meiner Schulzeit einen Kameraden, der mit Nachnamen Kiel hieß.“

„Mit dem Bau des Suezkanals hatte er wohl nichts zu tun?“

„Nein, natürlich nicht.“

„Weshalb erwähnst du ihn denn?“

„Weil . . . weil . . . das habe ich vergessen. Bleib doch bei der Sache!“

„Der Suezkanal hat eine enorme Bedeutung für den Welthandel. Es ist sehr wichtig, daß er für die Schifffahrt offengehalten wird, damit die Waren auf diesem Wege kommen können.“

„Was denn für Waren?“

„Nun, Rohstoffe und solche Sachen. Können sie nicht durch den Kanal herbeigeschafft werden, so müssen sie einen anderen Weg nehmen.“

„Was denn für einen?“

„Darüber entscheidet der Kapitän. Irgendeinen Weg wird er schon finden, dafür ist er schließlich Kapitän. Aber vielleicht hast du schon einmal etwas von einem Mann gehört, der General Nasser heißt.“

„Ja, er ist Kriegsminister von Ägypten.“

„Nicht Kriegsminister“, verbesserte ich überlegen, „sondern Präsident!“

„Ist das nicht das gleiche?“

„Auf keinen Fall. In Deutschland gibt es zum Beispiel den Präsidenten Lübke, während . . .“

„Das weiß ich“, unterbrach sie mich aufgebracht. „Was hat denn Präsident Lübke mit dem Suezkanal zu tun?“

„Direkt nichts, aber . . .“

„Meine Frau erhob sich sehr schnell. „Jetzt reicht es mir“, sagte sie eisig.

„Du hast mir versprochen, die Probleme des Suezkanals zu erklären. Statt dessen redest du von einem alten Schulkameraden und von Präsident Lübke. Gib doch zu, daß du keine Ahnung hast!“

„So hör' doch nur . . .“, begann ich wieder, aber meine Frau war inzwischen in die Küche gegangen und hatte die Tür hinter sich zugeknallt.

„Ich habe mir vorgenommen, ihr nie wieder politische Probleme zu erklären.“

Finn Soeborg

Leben auf großem Zinsfuß

Wollte Thaddäus Troll

Sparen ist eine Kunst, genauso wie Verschwenden. Zu beiden Künsten gehört ein gewisses Talent, obgleich die eine jeweils die andere nach sich zieht.

Wer vorher spart, kann anschließend verschwenden. Wer vorher verschwendet, muß anschließend sparen. Das ist aber nicht gehupft wie gesprungen. Der eine kann, was der andere muß. Es kommt auch hierbei auf den kleinen Unterschied an.

In großen Zeiten mußten wir eisern sparen, damit der Staat verschwenden konnte. Für uns, natürlich. (Jener Staat hatte bestimmt nicht viel für sich.)

Trotzdem waren wir stets dagegen. Denn was wir in der Zeit sparten, das hatten wir in der Not schon lange nicht. Der Schmachtriemen wurde uns enger und enger geschnallt.

Seither ziehen wir es vor, die Früchte unseres Tuns wieder selbst zu genießen. Jeder möchte sein eigenes Sparschwein haben und sein eigenes Groschengrab schaufeln. Der Strumpf und die hohe Kante sind dabei nur von symbolischem Wert. Wer wollte nicht lieber zuerst auf großem Zinsfuß leben, um später den Rubel rollen zu lassen! Wohin? Nun, vielleicht zur eigenen Haustür hinein. Es gibt aber auch indirekte Ziele, zum Beispiel den Bogen ums Finanzamt. Man hat statistisch nachgewiesen, daß viel mehr Menschen aus Gründen der Steuerersparnis als für die Gründung einer Existenz sparen. Man spart also, um zu sparen. Das nennt man l'art pour l'art – die Kunst für die Kunst. Dieser Kurs gilt auch für Sparkünstler.

Sie sagen, der Geist ist sparwillig, aber das Fleisch ist teuer. Wir wollen es hier nicht mit den Metzgern verderben und zum Preise der vegetarischen Küche in die Saiten greifen. Das wäre wiederum nicht billig. Wie halten Sie es übrigens mit Bratwürstchen? Essen Sie auch zuerst den Kartoffelsalat und heben den letzten Bissen für ein lukullisches Happy-End auf? Dann haben Sie bestimmt Talent zum Sparen.

Wer sparen kann, der kann sich mancherlei ersparen: zum Beispiel dumme Bemerkungen (seiner Gläubiger), Ärger mit seinem Hausbesitzer (denn das ist er selbst in Personalunion), faule Witze seines Chefs (der keinen Vorschuß gewährt) und Baldrian tropfen (gegen Aufregungen aller Art).

Denn Sparen verzinst sich doppelt, auf dem Konto und im Gemüt.

Die Kontoauszüge geben Gewißheit, daß es mit uns bergauf geht. Das ist ein beruhigendes Gefühl. Jener aufgeblasene Popanz der Angst vor dem Morgen, der in leeren Kassen so reichlich Nahrung findet, schnurrt angesichts unserer kleinen Reserven zusammen wie ein verwundeter Luftballon. Ein gutes Gewissen gilt als sanftes Ruhekissen. Auch ein wachsendes Konto ist ein hervorragendes Polster für die Nerven, das uns manche schlaflose Nacht erspart. Herrlich, davon zu träumen, für welche hehren Ziele wir unsere Reserven einsetzen könnten. Luftschlösser, die bisher im Monde lagen, werden auf dem Fundament eines wachsenden Guthabens eines Tages zu Stein. Hinter nüchternen Zahlen ahnen wir rote Ziegel, Alabasterglas, türkisfarbene Kacheln, eine gestreifte Markise und leuchtende Rabatten. Damit bauen wir uns unsere Welt. Vorerst ist sie knapp vierstellig, aber wenn man sie in Bausteine umrechnet, wächst sie uns bald über den Kopf.

Manche Leute behaupten, sparen sei spießig. Unter uns gesagt: das sind die Unbegabten, die aus der Geldnot eine Tugend machen. Sie protzen damit, für ihre letzten fünf Mark einen Sektkübel gekauft zu haben, und dabei können sie seine Rührseligkeit nicht einmal mit einer Flasche Fachinger ausprobieren. Zum Trost finden sie sich in ihrer selbstgehäkelten Pleite überaus schick – das heißt, sie sind nicht nur blank, sondern müssen zudem ihre Weltanschauung nach der seelischen Schondecke strecken. Wir sparen uns einen quirligen Kommentar und lassen den Sekt perlen, auf Kosten unseres Kontos. Denn wer spart, der kann sich auch mal was leisten.

Hans Bayer

Diplomaten-Pech

Diplomatie ist ohne Frage
von Wert in jeder Lebenslage,
doch ist mit Diplomatensitten
auch schon manch einer ausgeglitten.

Selbst Schulze, welcher in der Tat
war ein sehr guter Diplomat
– er stand mit jedem in der Runde
sich gut und sprach ihm nach dem Munde –,

passierte dies: Als einst auf einer
Versammlung man ihn laut nach seiner
stets respektierten Meinung fragte
und er sie – sehr geschmeichelt – sagte,

da rief der halbe Saal: „Nanu?
Sonst stimmten sie mir immer zu!“
Darum, o Freunde, laßt euch raten:
seld nie zu gute Diplomaten!

Aladin



1



Fotowettbewerb

UNSER JUNI-THEMA: „BLUMEN“

- | | |
|-----------------------|--------------------------|
| 1 Wilhelm Bertram | Schmiedag AG |
| 2 Hans-Dieter Sengera | Hoesch AG Westfalenhütte |
| 3 Christian Schoo | Hoesch AG Bergbau |
| 4 Karl-Heinz Bulasch | Hoesch AG Bergbau |
| 5 Günter Tröltsch | Hoesch AG Westfalenhütte |

Für den WERK UND WIR-Fotowettbewerb bitten wir unsere Leser, bis zum 3. Juli 1964 Aufnahmen zu dem Thema „Schnappschüsse“ und bis zum 3. August 1964 zu dem Thema „Am Wasser“ einzusenden.



2



3



4



5

